

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolf Oschlies

Ursachen des Krieges in Ex-Jugoslawien

Marie-Janine Calic

Jugoslawienpolitik am Wendepunkt

Jens Reuter

Makedonien – der jüngste Staat auf der
europäischen Landkarte

Rupert Neudeck

Menschenrechtstragödien in Bosnien-Herzegowina

B 37/93

10. September 1993

Wolf Oschlies, Priv.-Doz. Dr. phil. habil., geb. 1941 in Königsberg; 1960–1966 Studium der Slavistik, Philosophie und Pädagogik in Hamburg; 1966 Promotion; seit 1968 am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BI Ost), Köln; 1977 Habilitation an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Buch- und Aufsatzpublikationen zu innen- und sozialpolitischen Problemen Ostmittel- und Südosteuropas; Mitautor des ersten „Lehrbuch(s) der makedonischen Sprache“, das (1984, 1986) außerhalb Jugoslawiens erschien.

Marie-Janine Calic, Dr. phil., geb. 1962; wissenschaftliche Referentin für Südosteuropa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: Die Minderheitenfrage in historischer Perspektive, in: Südosteuropa, 40 (1991) 5; Zur Sozialgeschichte ethnischer Gruppen. Fragestellungen und Methoden, in: Edgar Hösch/Gerhard Seewann (Hrsg.), Aspekte ethnischer Identität, München 1991; Soziale Ungleichheit in Serbien und der Vojvodina (1918–1941). Die Verteilung der Bildungschancen, in: ebd.

Jens Reuter, geb. 1942; Wissenschaftlicher Referent für die Republiken des ehemaligen Jugoslawien und Albanien (kommiss.) am Südost-Institut, München.

Veröffentlichungen u. a.: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982; Yugoslavia, in: Richard E. Bissell/Curt Gasteyer (Hrsg.), The Missing Link: West European Neutrals and Regional Security, Durham–London 1990; Die politische Entwicklung in Bosnien-Herzegovina, in: Südosteuropa, (1992) 11–12; Ein serbischer Mythos: Die Schlacht auf dem Amselfeld, in: Damals, (1993) 4.

Rupert Neudeck, geb. 1939; seit 1977 Redakteur beim Deutschlandfunk; 1979 zusammen mit Heinrich Böll Gründung des Deutschen Komitees Ein Schiff für Vietnam, das sich später in Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte e. V. umbenannte.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Ethik bei Jean-Paul Sartre und Albert Camus, Bonn 1974; Radikale Humanität. Notärzte für die Dritte Welt, Reinbek 1986; Verjagt und vernichtet. Kurden kämpfen um ihr Leben. Reinbek 1992; Asyl – Warum das Boot nicht voll ist, Düsseldorf 1993.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Hannegret Homberg, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Ursachen des Krieges in Ex-Jugoslawien

I. Vorbemerkung

„Bratstvo – Jedinstvo“ (Brüderlichkeit – Eintracht) sollte die ethnisch-politische Integrationsformel des multiethnischen Jugoslawiens der Tito-Zeit sein. Das Begriffspaar besaß eine bestimmte Faszination, wie noch heute an ungezählten Faktoren (Mischehen, Bevölkerungsmischungen durch Binnenmigration, Hochschuldiplome u. a.) auszumachen ist. Im Grunde aber blieb „Bratstvo – Jedinstvo“ eine oberflächliche Formel – passend zu Feiern jugoslawischer Basketball-Siege, ungeeignet zur kollektiven Überwindung ethnoregionaler Mythen, Vorurteile, Selbstüberschätzungen, Feindbilder und verdeckter Zwiste.

Wie immer in Jugoslawien wurde auch diese Lösung in unendlich vielen Witzen ironisiert, die meist auf die Pointe „Bratstvo – Ubijstvo“ (Brüderlichkeit – Mord) hinausliefen. Aber keiner der Spötter hätte sich wohl je träumen lassen, daß dieses zweite Begriffspaar eine exakte Beschreibung „jugoslawischer“ Entwicklungen mit Beginn der neunziger Jahre darstellen würde (deren Exaktheit einstweilen noch zunimmt). Es herrscht Krieg in jenem Land, das in der Zeit der politischen Spaltung Europas als Dialogbrücke zwischen den Kontrahenten unschätzbare Dienste leistete.

Bei näherer Betrachtung der Ereignisse erweist sich der Begriff „Krieg“ als zu schwach und zu unklar, um eine Vorstellung von der „jugoslawischen“ Realität zu vermitteln. Man sollte von „Kriegen im Krieg“ sprechen und dabei die regionale, zeitliche, qualitative, taktische, strategische, propagandistische Variabilität dieser kriegerischen Atavismen, ihre konkreten Folgen für die Wirtschaft der betroffenen Regionen und das Leben der Menschen, ihre potentiellen Erweiterungen für noch unbetroffene Landstriche in und außerhalb Ex-Jugoslawiens im Auge behalten.

Dieser „Krieg“ begann Mitte 1991 in und um Slowenien, griff von dort nach Kroatien über, tobt derzeit in Bosnien-Herzegowina (mit fallweiser Rückkehr nach Kroatien), kann sich morgen auf das Kosovo, den Sandshak, Makedonien und von dort auf den ganzen südlichen Balkan ausdehnen; gleichzeitig sind die Kampfhandlungen regional so begrenzt, daß bisher kein Nachbarstaat in seinen

Sicherheitsbelangen tangiert wurde und deshalb die vielfach geforderte „Intervention“ nie zustande kam. Dieser „Krieg“ ist moralisch nicht zu rechtfertigen, politisch nicht zu steuern, militärisch nicht zu gewinnen; es gibt keine Unschuldigen, nur politische und militärische Desperados, die ihn in wechselnden Koalitionen und Gegnerschaften unbegrenzt weiterführen – ungerührt um die internationale öffentliche Meinung, die eigenen Völker im begleitenden „Medienkrieg“ indoktrinierend und manipulierend.

Das ist der heutige Stand. Wie konnte es geschehen, daß der „Jugoslavismus“ – das vom Gros der Südslaven über Jahrhunderte hinweg bewahrte Bewußtsein ethnisch-sprachlicher Einheit, das sich in dem Wunsch nach einem gemeinsamen Staat verdichtete – zu einem Schreckgespenst pervertieren konnte, so daß beispielsweise „Rußland die jugoslawischen Ereignisse wie einen Spiegel betrachtet, in dem es sein eigenes Schicksal sieht“¹.

II. Vom Ende des „Jugoslavismus“

Seriöse Protokolle psychosozialer Realitäten oder doch zumindest glaubhafte „Befindlichkeits“-Messungen sind die in Serbien und Kroatien so beliebten Meinungsumfragen, die über das bilaterale Verhältnis der beiden Länder mehr als andere Quellen aussagen. Zur derzeitigen Stimmung in Kroatien publizierte am 26. Februar 1993 der *Globus*, ein maßvoll regimekritisches Wochenblatt aus Zagreb, die Resultate zweier Umfragen, die als repräsentativ für „die Kroaten“ ausgegeben wurden, obwohl das Blatt keine Angaben zu Größe und Zusammensetzung des Samples machte. Es ging um die „politischen Phobien“, die u. a. in folgender Frage (und den entsprechenden Antworten) erfaßt wurden: „Wer ist heute für die Kroaten die größte Bedrohung und Quelle von Furcht?“ Die Antworten in Prozentzahlen ergaben: Serben aus der Krajina 34,0; Serben aus Serbien 18,7; serbische Armee 14,7; UN-*Profor*-Truppen 6,6; Muslime 5,7; Albaner 1,4; Italiener 0,7; niemand 10,6.

¹ Michail Gorbatschow, in: NIN (Belgrad) vom 18. 6. 1993.

Mitte April 1993 veröffentlichte die Belgrader Tageszeitung *Borba* (Kampf) in mehreren Teilen die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage, bei der die totale, teilweise oder fehlende Zustimmung zu bestimmten Behauptungen erkundet wurde, darunter die folgenden: „Gegen Serbien besteht eine große und gut organisierte internationale Verschwörung, an der viele Länder beteiligt sind“; volle Zustimmung gaben 55,2 Prozent, teilweise Zustimmungen 23,7 Prozent der Befragten. Eine weitere Behauptung lautete: „Unabhängig davon, wer in Serbien an der Macht ist, ist dieses von Feinden umgeben, die seinen Bestand bedrohen und es vernichten wollen“; diese Aussage bestätigten 47,5 bzw. 26,2 Prozent. Einer dritten Behauptung: „Es gibt Nationen, die uns so hassen und uns soviel Leid zugefügt haben, daß wir früher oder später gegen sie Krieg führen und mit ihnen endgültig abrechnen müssen“, stimmten 25,5 bzw. 30,3 Prozent der Befragten zu.

Auch wenn in der serbischen Umfrage von „Kroaten“ nicht explizit die Rede war, kann man beide Enqueten doch als Beleg dafür nehmen, wie tief heutzutage Serben und Kroaten entzweit sind. Ihre ethnisch-kulturelle Identität war hingegen vor knapp zweihundert Jahren und bis in dieses Jahrhundert so selbstverständlich, daß selbst ausländische Beobachter sie nicht in Frage stellten.

1829 erschien Leopold von Ranke's einzigartiges Buch „Die serbische Revolution“, in welchem sich der Autor einleitend detailliert über Serben, Kroaten und andere äußerte, um dann fortzufahren: „Alle diese ... machen ein einziges Volk aus, von der nämlichen Sprache, Sitte, Sinnesweise, obwohl durch Religion und Staat so mannigfaltig getrennt.“²

Ranke's wichtigster Informant war „der getreue Sammler serbischer Lieder, Wuk Stephanowitsch Karadschitsch“. Wuk Karadzic (1787–1864) – der Schüler Herders, Freund Goethes und Briefpartner der Gebrüder Grimm – hat mit seiner Hinwendung zur Volkspoesie nicht nur die serbische Sprache reformiert, sondern zugleich die moderne serbo-kroatische Sprache geschaffen, die Serben und Kroaten am 16. März 1859 im „Wiener Schriftsprachenvertrag“ als das gemeinsame Medium annahmen. „Wir sehen ein, daß ein Volk auch eine Literatur haben muß“, hieß es gleich zu Beginn dieses Vertrags, von dem an Kroaten und Serben sich in späteren Erklärungen mitunter als „ein doppelnamiges Volk“ bezeichneten.

² Leopold von Ranke, Die serbische Revolution. Aus serbischen Papieren und Mitteilungen, Hamburg 1829, S. 9.

Das 19. Jahrhundert war die Blütezeit des „Jugoslavismus“, jener seit Jahrhunderten von den Südslaven, vor allem von Serben und Kroaten verfochtenen Idee, daß sie ein Volk seien und einen gemeinsamen Staat anstrebten. Eine Personifizierung dieser Idee war der (deutschstämmige) kroatische Bischof Josip Juraj Strossmayer (1815–1905), der bereits 1866 eine *Jugoslawische Akademie der Wissenschaften und Künste* gründete. Kroatie war indessen auch Ante Starcevic (1823–1896), ein Nationalist, für den es in der Balkan-Geschichte „keine Spur eines serbischen Volkstums, keine serbische Literatur und keine serbische nationale Geschichte“ gegeben hatte. 1878 gründete Starcevic die *Kroatische Rechtspartei*, auf die nach dem Ersten Weltkrieg die nationalistischen *Ustaschi* (Aufständische) folgten.

Am Ende des Ersten Weltkrieges schien der „Jugoslavismus“ seinen Höhepunkt zu erleben. Der deutsche SPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel (1884–1936), der beste Balkankenner, den die Deutschen je hatten, begrüßte die „jugoslawische“ Staatsgründung von 1918, „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“, aus vollem Herzen. Sie sei „nach dem Muster der deutschen Einigung“ erfolgt, was bei der ethnischen Identität der Staatsbürger ganz natürlich sei, denn wenn die Südslaven „nicht ein Volk sind, dann sind die Deutschen auch keines“. Dem stimmte auch das Gros der Kroaten zu, die im Laufe des Kriegs immer bessere „Jugoslawen“ geworden waren, da die Alternative zur Staatsgründung nur heißen konnte, gemeinsam mit Österreich und Ungarn von den Siegermächten als Kriegsverlierer behandelt zu werden.

Der am 1. Dezember 1918 entstandene gemeinsame Staat konnte nicht ideal sein, weil er von Anfang an von Dissonanzen zwischen den *Unitaristen* (d. h. den Serben, die für die neue Monarchie ihr souveränes Königreich aufgegeben hatten und daraus einen Führungsanspruch ableiteten) und *Autonomisten* (d. h. den Kroaten, die die von Habsburg früher verweigerte Autonomie nunmehr mit wachsendem Nachdruck von Belgrad forderten) belastet war. In Kroatien bildete sich ein militanter Nationalismus heraus, zentriert vor allem um den Zagreber Advokaten Ante Pavelic (1889–1959) und seine 1929 gegründete Geheimbewegung *Ustaschi*; beide fanden Kontakt zu ähnlichen Organisationen wie der *Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation (IMRO)*, wurden aber auch von den jugoslawischen Kommunisten unterstützt. Wie der Belgrader Oppositionelle Ljubomir Tadic 1992 dokumentierte, haben Stalin und die KOMINTERN bereits 1924 ihre jugoslawischen

Parteiläufer aufgefordert, für die Loslösung Kroatiens von Jugoslawien einzutreten³. Diese Forderung sollte mit einer Propagandaaktion gegen „großserbischen Hegemonismus“ und „serbische Okkupation“ verstärkt werden, mit „Argumenten“ also, wie sie in den letzten Jahren wieder aus Zagreb zu hören waren.

Die nach der Staatsgründung aufgetretenen Konflikte eskalierten so rasch, daß König Alexander 1929 eine „Königsdiktatur“ ausrief, den Staatsnamen in „Jugoslawien“ änderte und die administrative Gliederung des Landes neu strukturierte, d. h. an die Stelle der traditionellen Länder neue und kleinere *Banovinas* (königliche Provinzen) setzte. Die Radikalen gingen in den Untergrund, und im Oktober 1934 verübten Ustaschi und IMRO in Marseille gemeinsam ein Attentat, dem der König und der französische Außenminister Louis Barthou zum Opfer fielen. „Cuvajte Jugoslaviju“ (bewahrt Jugoslawien) sollen die letzten Worte des sterbenden Monarchen gewesen sein.

Jugoslawien wurde nicht erhalten. 1939 entstand als Staat im Staate die *Banovina Kroatien*, die Kroatien, Dalmatien, den größten Teil Bosniens und Teile Syrmiens umfaßte: Es handelte sich um ein Vorspiel zu dem *Unabhängigen Staat Kroatien (NDH)*, den der „poglavnik“ (Führer) Ante Pavelic mit Hitlers Hilfe schuf (nachdem dieser im Frühjahr 1941 Jugoslawien endgültig zerschlagen hatte). Der NDH nannte sich zwar „kroatisch“, war tatsächlich aber eine Art Manövergelände der Ustaschi, über deren Ansehen und Methoden am 1. September 1941 die Londoner *Times* schrieb: „Most hated, especially by the Serbs, are the Croat refugees and renegades, the Ustashi, most of whom came in with the invaders and were given the governance of the enlarged Croatia... The numerical weakness of the Ustashi makes them the readier to hang, shoot, and banish their opponents, pro-Serb Croats and Serbs, whether Roman or Orthodox by religion, for they feel that even with German backing they can only survive by terrorizing their critics or opponents.“⁴

3 Ljubomir Tadic, O „Velikosrpskom hegemonizmu“ (Über den großserbischen Hegemonismus), Belgrad 1992, S. 18 ff.

4 „Am meisten verhaßt, besonders bei den Serben, sind die kroatischen Emigranten und Renegaten, die Ustaschi, die mehrheitlich mit den Invasoren zurückkehrten und denen die Regierungsgewalt über das vergrößerte Kroatien gegeben wurde... Die numerische Schwäche der Ustaschi machte sie um so williger, ihre Gegner aufzuhängen, zu erschießen und zu vertreiben, proserbische Kroaten und Serben des römisch-katholischen oder orthodoxen Bekenntnisses, als sie spüren, daß sie selbst bei deutscher Unterstützung nur durch Terror gegen ihre Kritiker und Gegner überleben können.“

III. Stärken und Schwächen des „Partisanen-Jugoslawentums“

1991 hatte der Verfasser dieses Beitrags in Berlin Gelegenheit, mit David Anderson und Horst Grabert, zu Titos Lebzeiten Botschafter der USA bzw. der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien, über Tito zu diskutieren. Ich fragte die beiden Diplomaten, ob ihnen einige unbestreitbare Verdienste Titos (der mittlerweile in Zagreb und Belgrad nur noch sehr verächtlich erwähnt wurde) einfielen. Die Diskussion ergab folgendes:

1. Tito hat Jugoslawien befähigt, sich aus eigener Kraft zu befreien.
2. Er hat Jugoslawien davor bewahrt, in der Reihe von Stalins Satelliten Tritt zu fassen.
3. Er hat das früher unbedeutende Jugoslawien zu einer weltweit geschätzten Brücke zwischen Ost und West gemacht.
4. Er hat den von der Geschichte benachteiligten slavischen Kulturnationen wie den Makedonen die erste Chance zur national-kulturellen Emanzipation gegeben.

Titos anfänglicher Verbündeter und späterer Erzfeind im Partisanenkampf war der serbische Oberst Draza Mihajlovic (1893–1946). Beide unterschieden sich am augenfälligsten durch ihre taktischen Konzepte: Wo Mihajlovic aus Angst um die „Substanz des serbischen Volks“ vorsichtig zu Werke ging und Racheaktionen der Deutschen möglichst vermied, provozierte Tito diese geradezu. Wenn die deutschen Soldaten der SS-Division „Prinz Eugen“ und anderer Einheiten jugoslawische Geiseln erschossen und Häuser niederbrannten, brachte das zwar Verluste, sorgte aber für vermehrten Zulauf zu Titos Partisanen und erzeugte in ihren Reihen ein neues „Partisanen-Jugoslawentum“, das ihnen letztlich zum Sieg verhalf.

Einige Kommentatoren haben den gegenwärtigen Krieg in Ex-Jugoslawien als Wiederaufnahme früherer Konflikte aus dem Zweiten Weltkrieg interpretiert und dabei beklagt, daß es zu Titos Zeiten keine „Aufarbeitung der jüngsten Geschichte“ und kein großes Gericht über Schuldige gegeben habe. Es ist richtig, daß man nach dem Krieg sehr rasch zur Tagesordnung übergegangen war. Was hätte man auch anders tun können? Das „Partisanen-Jugoslawentum“ war die ideelle Basis von Titos Nachkriegs-Jugoslawien und konnte nicht durch nachträgliche Ermittlungen und Strafverfahren in Frage gestellt werden (zumal der bald ausbre-

ehende Konflikt mit Stalin eine besondere „jugoslawische“ Solidarität erforderte). Zudem wurde Tito auch vom Westen alleingelassen, da nicht einmal die größten Kriegsverbrecher ausgeliefert wurden: 1828 entsprechende Anträge hatte Jugoslawien u. a. an amerikanische und englische Behörden gestellt – nur 208 wurden positiv beschieden. Ehemalige Kriegsverbrecher kehren heute, soweit noch am Leben, in das Kroatien des ehemaligen Tito-Generals Franjo Tudjman zurück: Im *Sabor*, dem kroatischen Parlament, nahm Pavelics Tochter Ovationen entgegen – im kroatischen Jugendfernsehen durfte Pavelics einstiger Presseschef Daniel Crljen kürzlich Elogen auf die Ustaschi verbreiten. Nach dem „kroatischen Himmler“ Mile Budak (der 1942 die Weisung ausgab, „ein Drittel Serben töten, ein zweites Drittel vertreiben und das dritte durch die katholische Taufe zu Kroaten machen“) werden inzwischen kroatische Schulen, Straßen und Plätze benannt.

Der kroatische Soziologe Predrag Matvejevic hat 1984 in seinem Bestseller „Jugoslavenstvo danas“ (Jugoslawentum heute) Titos Politik analysiert: Titos föderatives Jugoslawien gab den einzelnen Nationen alles, was deren Idealen aus dem 19. Jahrhundert entsprach – nationaler „Staat“, nationale Kirche, nationale Kultur; es gab diese Dinge in der stillen Hoffnung, daß die Nationen dieser nationalen Kompetenzen bald überdrüssig sein und freiwillig ins transnationale „Jugoslawentum“ drängen würden. Für alle Fälle stünde ja noch die Partei des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“ bereit, deren zentrale Kompetenz und „führende Rolle“ etwaige nationalistische Alleingänge rechtzeitig zurück ins Glied gezwängt hätte. Allerdings war gerade die Hoffnung auf die balancierende Macht der Partei trügerisch, denn „wir kennen doch alle jenen Teufelskreis, in dem Anschuldigungen gegen den Unitarismus als Tarnung für den Nationalismus und Angriffe auf den Nationalismus als Alibi für den Unitarismus dienen“⁵.

Jugoslawiens ideologisch-politisches Ziel war die „De-Etatisierung“ der Gesellschaft – seine politische Praxis war jedoch so, daß die De-Etatisierung schleichend nur die föderative Spitze erfaßte, auf der Ebene der (Teil)-Republiken aber zu einer Verstärkung der Etatisierung samt einer Forcierung der Nationalismen führte. Mit diesem Problem hat sich jahrzehntelang der Kroat Stipe Suvar befaßt – ein schlechter Bildungsminister seiner Republik, aber ein ausgezeichnete jugoslawischer Soziologe – und seine Forschungsergebnisse

5 Vgl. Predrag Matvejevic, *Jugoslavenstvo danas – Pitanja kulture (Jugoslawentum heute – Fragen der Kultur)*, Belgrad 1984, S. 6.

1986 in dem Buch „Svi nasi nacionalizmi“ (Alle unsere Nationalismen) zusammengefaßt. Das Buch enthält Suvars Arbeiten seit 1970, und es vermittelt heute Erstaunen darüber, wie früh alle Niedergänge Jugoslawiens in Art, Ausmaß und Terminologie absehbar waren.

Was waren die gemeinsamen Nenner dieser jugoslawischen Nationalismen? Sie sind (so Suvar) ein Mittel zur Manipulation der Menschen, interpretieren die Probleme der Gegenwart aus einer selektiven Sicht der Vergangenheit, nähren das Gefühl einer kollektiven Bedrohtheit der eigenen Nation, perpetuieren sich vor allem dank des Behauptungswillens und der Selbstrekrutierung „nationaler“ Bürokraten und Technokraten. Das Endresultat hat Suvar 1972 drastisch so beschrieben: „Eine der typischen Reaktionen des kroatischen Nationalismus ist, die größere Kultur der kroatischen Nation gegenüber anderen zu beweisen – was eine Lüge, ein Stereotyp, ein Mythos ist. Gleichfalls muß der serbische Nationalismus seit jeher Serben als heldisches, tapferes, unbeugsames Volk herausstreichen. Den kroatischen Nationalisten dient also die Kultur, den serbischen das Waffengeklirr als Kompensation. Die Kroaten verlangen seit 1971 einen separaten Nationalstaat, denn mit dessen Stärke können wir Kroaten uns dagegen schützen, daß uns die Serben infiltrieren, verschlingen, assimilieren, die Sprache wegnehmen usw. Der serbische Nationalismus will ein Groß-Serbien, das Makedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegovina einschließt. Worauf der kroatische Nationalismus mit Thesen antwortet, daß die Slowenen ‚Alpen-Kroaten‘, die Muslime ‚Dialekt-Kroaten‘, die Serben bis zur Drina ‚orthodoxe Kroaten‘, die Montenegriner ‚Ost-Kroaten‘ seien. Also auch die kroatischen Nationalisten würden ihren erträumten Nationalstaat gern um einen Teil Sloweniens, ganz Bosnien-Herzegovina, Süd-Montenegro, Nord- und Mittelserbien abrunden.“⁶

Man muß das zweimal lesen, um es ganz verstehen zu können: die heutigen Kriegsziele beider kriegsführenden Seiten, Kroatiens und Serbiens, waren bereits vor über zwanzig Jahren punktgenau erkennbar!

Als Suvar seine Analyse niederschrieb, war es gerade ein Jahr her, was heute in Zagreb als „kroatischer Frühling“ verklärt wird: Titos Überreaktion auf die Forderungen kroatischer Nationalkommunisten (z. B. nach einem eigenen UNO-Sitz), die er wütend zurückwies. Kurz darauf bedauerte Tito jedoch sein Verhalten. Folge dieses Bedauerns war

6 Stipe Suvar, *Svi nasi nacionalizmi (Alle unsere Nationalismen)*, Valjevo 1986, S. 250 ff.

„die verdammte Verfassung von 1974“⁷. Sie sollte die „De-Etatisierung“ vollenden und die sechs Republiken (mit den zwei „Autonomen Provinzen“ Vojvodina und Kosovo in Serbien) in einen Wettbewerb miteinander schicken, der Jugoslawien insgesamt voranbringen sollte. Das Ergebnis war verheerend: Bundeskompetenzen wurden bis zur Lächerlichkeit ausgehöhlt, der gemeinsame jugoslawische Markt zerschlagen, die republikanischen Partei- und „Staats“-Bükratien versechsst-, ja verachtacht. Im Grunde hat der jetzige Krieg seine Wurzeln in jener Konstitution von 1974, auch wenn die Auseinandersetzungen vorerst im „gewohnten“ Rahmen infantilen Gezänks um „Bedrohungen“ der eigenen Sprache weitergingen. Dies hatten die Slowenen bereits 1965 mit ihrer „Deklaration gegen die serbokroatische Sprache im Fernsehen“ vorgeführt, die Kroaten folgten 1967 mit der „Deklaration zur Benennung und Lage der kroatischen Literatursprache“, Serben und Kroaten brachen 1971 ihre Zusammenarbeit an einem „Wörterbuch der serbokroatischen oder kroato-serbischen Sprache“ ab. Nach 1974 setzte sich der Konflikt fort, verschärft im Ton und aggressiver in der Stoßrichtung – gegen die „Zweisprachigkeit“ im Kosovo und die „Mehrsprachigkeit“ in der Vojvodina. Alles schien jedoch im Grunde harmlos – sofern man sich nicht an Milovan Djilas' berühmtes Diktum erinnerte, daß auf dem Balkan schon die Messer hervorgeholt würden, sobald über Sprache diskutiert werde.

IV. Die achtziger Jahre: Jahrzehnt der Vorkriegszeit

Am 1. Mai 1980 starb Tito in einem Militärkrankenhaus von Ljubljana. Noch einmal fühlten sich mit seinem Tod alle „Jugoslawen“ aufgefordert, „Titovim putem“ (auf Titos Weg) weiterzugehen. Aber das war eine kurzwährende Emotion, der bald martialischere Züge folgten.

Eine von Nebojsa Popov geleitete „unabhängige Kommission“ in Belgrad hat 1990 einen umfassenden Bericht über den Beginn der Unruhen im Kosovo vorgelegt. 1980/81 war es dort zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit und den Serben gekommen, die zunächst ideologisch („Konterrevolution“) interpretiert und verfolgt wurden. Tatsächlich handelte es sich (wie die Popov-Kommis-

sion belegte) um einen Streit um die Dominanz (nachdem die anderen denkbaren Modelle der Koexistenz nicht denkbar waren). Diese war durch die Verfassung von 1974 von serbischen auf albanische Behörden übergegangen und von Albanern immer mehr in Richtung der Parole „Kosovo – Republik“ genutzt worden. Im gleichen Maße wie der Machtverfall der Partei fortschritt, „fielen die ideologischen Masken“: Albaner traten in Massen aus der Partei aus und agierten ganz offen separatistisch gegen Serbien. Die Serben antworteten mit einem Aufwallen nationalistischer Emotionen und historischer Reminiszenzen. Im Kosovo hatten die vereinten Heere der Südslaven 1389 die Entscheidungsschlacht gegen die Osmanen verloren. Daß in jener Zeit auch Albaner auf Seiten der Slaven gekämpft hatten, wurde jetzt nicht mehr erwähnt – vielmehr erschien das Kosovo nun als „heilige Erde“, als „Wiege des Serbentums“, das einen Kampf „Orthodoxie contra Dshihad“ und um „historische Rechte“ erlebte. Natürlich siegte der aufgeputschte serbische Nationalismus – die Rechte der Albaner wurden etwa auf den Stand der frühen fünfziger Jahre zurückgeschraubt. Seither herrscht im Kosovo Friedhofsruhe: Serbisches Besatzungsregime gegen albanischen Totalboykott, wie beispielsweise bei den Wahlen, was Milosevic Ende 1992 den Wahlsieg einbrachte. Die nichtabgegebenen albanischen Stimmen verbesserten automatisch seine Position gegen den Rivalen Panic.

Die Vorgänge im Kosovo waren dreifach bedeutsam für das kommende Geschick Jugoslawiens: Serbien erlangte ein „barbarisches“ Image, dem speziell die Slowenen, aber auch die Kroaten effektiv ihre „europäische“ Kultur gegenüberstellten. Irredentistische Neigungen in Slowenien und Kroatien wurden weiterhin gefördert, und der von den Serben demonstrierte Nationalismus fand anderswo Nachahmer. Die Ereignisse vom Kosovo gaben den letzten Anstoß, über den baldigen Abschied von Jugoslawien nachzudenken.

Das mußte auch Dobrica Cosic erleben, der international renommierte serbische Romancier (zweimal Kandidat für den Literatur-Nobelpreis). Was Cosic damals von den Slowenen hörte, war eine totale Absage an Jugoslawien: „Jugoslawien ist historisch tot. Die Zugehörigkeit Sloweniens zu Jugoslawien steckt in einer tiefen Krise. Die Slowenen sind betrogen und enttäuscht. Ihre Enttäuschung währt seit 1918. Die nationale Frage ist für Jugoslawien entscheidend. Ist ein neues Jugoslawien überhaupt möglich? Wir wollen eine Lösung für uns: die unserer gesicherten Souveränität. Später können wir uns über unser Verhältnis zu Jugoslawien unterhalten. Die Idee Jugoslawiens und

⁷ So David Anderson 1991 in dem Gespräch mit dem Verfasser.

des Jugolawismus ist für Slowenien sekundär. Wir vergleichen uns mit Europa, und die Europäisierung wünschen wir auch Serbien, das aber vorerst seinen asiatischen Totalitarismus ablegen muß.“⁸

Cosic war entsetzt, zumal er später erkannte, daß seine slowenischen Gesprächspartner, die alle aus der Redaktion der Zeitschrift „Nova Revija“, stammten, später das „nationale Programm“ Sloweniens formulierten und das personelle Rückgrat der Parteienkoalition DEMOS bildeten. Diese bereitete Anfang der neunziger Jahre die Abkoppelung Sloweniens von Jugoslawien vor.

Aber waren die Serben damals denn vernünftiger? Keineswegs: Die Zeiten nach dem Schema „Wenn Serben ‚Wir‘ sagen, denken sie an Jugoslawien, wenn Kroaten ‚Wir‘ sagen, denken sie an Kroatien“, waren längst vorbei. Gerade Cosic und seine intellektuellen Mitstreiter von der „Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste“ (SANU) bezeugten ihre identische Uneinsichtigkeit mit dem SANU-Memorandum vom September 1986, in welchem es u. a. hieß: „Nicht alle Nationen in der SFRJ (= Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, Anm. der Red.) sind gleichberechtigt: Die serbische Nation z. B. hat kein Recht auf einen eigenen Staat. Große Teile des serbischen Volks, die in anderen Republiken leben, haben im Unterschied zu nationalen Minderheiten kein Recht auf eigene Sprache, Alphabet und kulturelle Organisation, um gemeinsam die originäre Kultur ihres Volkes zu entwickeln. Unter ständigen Anschuldigungen, das serbische Volk unterdrücke andere, sei unitaristisch, zentralistisch und kriegerisch, konnte dieses keine Gleichberechtigung in Jugoslawien erlangen, für dessen Entstehen es so viele Opfer gab.“

Das SANU-Memorandum wurde in Jugoslawien allseits als eine Art „Kriegserklärung“ aufgefaßt. Diese Bewertung führte leicht dazu, mögliche Gefahren aus Kroatien zu übersehen. Dort war Franjo Tudjman wiederaufgetaucht – nach einigen Haftjahren, die er angeblich wegen seiner Beteiligung am „Kroatischen Frühling“ von 1971, tatsächlich aber wegen nationalistischer Ausfälle in seinen Schriften verbüßt hatte. 1989 hat Tudjman seine Thesen gegen das „Weltjudentum“, gegen das „judeo-faschistische Israel“ in seinem Buch „Bespuca povijesne zbilje“ (Irrwege historischer Realität) extensiv ausgebreitet, und dieses Buch erlebte seither mehrere Neuauflagen. Wieder freigelassen, entwickelte er Aktivitäten, über die sein ehemaliger Vertrauter Zdravko

Tomac⁹ (1992 in seinem Buch „Iza zatvorenih vrata“ [Hinter verschlossenen Türen]) und sein neuerer Gegner, der Bosniaken-Führer Adil Zulfikarpasic, mit entlarvenden Details berichteten: Tudjman hatte ein klares Programm – Jugoslawien zerstören, Kroatien verselbständigen, eine kroatisch-nationalistische Bewegung aufbauen (die die kroatische „Diaspora“ finanzieren sollte) und Bosnien-Herzegovina aufteilen. Gerade das letzte Vorhaben enthüllte die diabolische Logik von Tudjmans Plänen: Wer Jugoslawien zerstören wollte, konnte das „Klein-Jugoslawien“ Bosnien-Herzegovina nicht verschonen (da die dortige Koexistenz von Serben, Kroaten und Muslimen als internationales Gegenargument gegen irredentistische Pläne anderswo genutzt worden wäre).

Vielleicht – gewiß! – hätte die aktuelle bosnische Tragödie verhindert werden können, hätten auf internationalen Verhandlungstischen Exzerpte aus Leopold von Rankes „Historisch-politischer Zeitschrift“ von 1834 gelegen. Aus ihnen hätte man ersehen können, daß Bosnien eine seit tausend Jahren natürlich gewachsene, historisch gefügte Antizipation eines multikulturellen Europas war. Wenn der bosnische Präsident Alija Izetbegovic heute davon spricht, daß Bosnien der Staat dreier konstitutiver Völker sei (Muslime, Serben, Kroaten), der aus seiner historischen Mission heraus gar keine „nationalen“ Aspirationen haben könne, dann wird er selbst von UN-„Friedensvermittlern“ als „Friedenstörer“ gebrandmarkt – wo er doch nur als „Bosniake“ spricht. „Es ist unser Unglück“, sagte der bosnische Muslim Adil Zulfikarpasic in einem Gespräch mit dem polnischen Nachrichtenmagazin „Wprost“ (Direkt) am 21. März 1993, „daß wir zwischen zwei aggressiven Balkanstaaten leben“. Dieses Unglück ist neuesten Datums – nachdem selbst die Österreicher (denen Bosnien 1875 zur Verwaltung übertragen wurde und das sie 1908 okkupierten) die Eigenart Bosniens respektierten und Tito nach 1945 eine „Republik Bosnien-Herzegovina“ ausdrücklich als „Pufferstaat“ zwischen Serbien und Kroatien legte. Aber was wollen friedliche „Bosniaken“ tun (die orthodox, katholisch oder islamisch beten können, dabei doch immer Slaven und stets in der bosnisch-regionalen Identität vereint bleiben), wenn zwei Desperados es anders wünschen? Details verriet Tudjmans profiliertester Gegner, der Zagreber Politologe Ivan Zvonimir Cicak, am 28. Juni 1993 in einem Interview mit dem „Spiegel“: „In Karadjordjevo besprachen Tudjman und Milosevic im März 1991 ... die Teilung Bosniens. Dieses Gespräch wurde vom militärischen Geheimdienst aufgezeichnet“.

8 Belgrader Illustrierte „Duga“, Nr. 482 vom 16.–29. August 1992.

9 Vgl. Zdravko Tomac in seinem 1992 veröffentlichten Buch „Iza zatvorenih vrata“ (Hinter verschlossenen Türen).

V. Nachdenken über den Beginn des Kriegs

Der neuerliche „Schulterschuß“ Tudjman-Milosevic in Bosnien-Herzegovina hat der Welt demonstriert, daß hier zwei autoritäre Nationalisten buchstäblich „über Leichen gehen“. Daß zwischen ihnen niemals ein Unterschied bestand, sagte der französische Philosoph Pascale Bruckner schon vor über einem Jahr in einem Gespräch mit dem international renommierten Belgrader Nachrichtenmagazin „Vreme“ (Zeit) in dessen Ausgabe vom 4. Mai 1992: „Das sind absolut dieselben Leute. Sie entstammen derselben totalitären kommunistischen Schule und wissen nicht, was Demokratie ist. Diesen alten Apparatschiks sind demokratischer Meinungskampf, parlamentarisches Leben, Recht der Opposition, Pressefreiheit unbekannt. (...) Tudjman und Milosevic sind große Nationalisten und denken, daß die einzige mögliche Wahrheit – ihre Wahrheit sei. Sie verhalten sich identisch; ihre Gegner sperren sie ein, und jeden Andersdenkenden bezeichnen sie a priori als Verräter und Volksfeind. Sie sind intolerant gegenüber Minderheiten, und was am gefährlichsten ist, sie sind fasziniert vom Krieg.“

Diese „Faszination vom Krieg“ ist bei dem Serben Slobodan Milosevic unverkennbar, wie der Belgrader Oppositionelle Nebojsa Popov 1993 in seiner Studie „Srpski populizam“ (Der serbische Populismus), einer Beilage zur „Vreme“ vom 24. Mai 1993, detailliert nachgewiesen hat: Milosevic brachte das SANU-Memorandum von 1986 auf die griffige Formel „Alle Serben in einem Staat“ und stachelte die Serben gegen die Kosovo-Albaner an („Niemand darf euch mehr schlagen!“). Er stand mehr und mehr unter dem Einfluß von Radikalen wie Vojislav Seselj, den deutsche Medien noch 1987 als beklagenswerten „Dissidenten“ bedauerten. Noch eindeutiger tritt die Faszination des Krieges bei Franjo Tudjman zutage, wie dessen Opponent Cicak in dem erwähnten Gespräch mit dem polnischen „Wprost“ vom 21. März 1993 bekundete: „Es gab die Möglichkeit zu Verständigung und Vermeidung des bewaffneten Konflikts. Ohne den Krieg hätte Tudjman jedoch nicht die Rolle eines ‚Caesars Kroatiens‘ spielen und seine pathologischen Vorstellungen einer Wiederbelebung Kroatiens in der Version von 1939 realisieren können“.

Kroatien „nur“ in der „Version von 1939“? In den letzten Februar-Tagen 1990 hielt Tudjmans nationalistisch-autoritäre „Kroatische demokratische Union“ (HDZ) ihren ersten Parteitag ab, wobei

Tudjman Pavelic's Ustascha-„Staat“ im Zweiten Weltkrieg als „die Erfüllung der historischen Sehnsüchte der Kroaten nach einem eigenen Staat“ feierte. Mußte das schon wie eine Kriegserklärung an die Serben in Kroatien wirken, so lieferte die neue, von Tudjman im Mai 1990 erlassene Verfassung Kroatiens, in dem sie den Serben alle Rechte strich, den konkreten Anlaß zuzuschlagen.

Die Serben in Kroatien, etwa 20 Prozent der kroatischen Gesamtbevölkerung, sind die Nachfahren der aus dem osmanisch besetzten Serbien geflohenen „Usken“ (Entsprungene), die von Habsburg entlang der (im 16. Jh. eingerichteten) „Militärgrünze“ kompakt angesiedelt wurden, also an jenem Sicherheitsstreifen, der Europa jahrhundertlang vor osmanischen Übergriffen und Seuchen aus dem Süden schützte. Dort siedeln die Serben immer noch, eine geschichtsbewußte und kampfbereite Volksgruppe, die im Zweiten Weltkrieg das bevorzugte Opfer des kroatischen Terrors der Ustaschi war. Wenn diesen Serben nun 1990 von Kroatien alle Rechte gekappt und die alten schrecklichen Ustascha-Symbole als die Wahrzeichen des neuen Kroatiens präsentiert worden sind, dann war es kein Wunder mehr, daß sie sich als „Bauern im Spiel des Herrn Milosevic“ mißbrauchen ließen: „Es trifft zu, daß sie angefangen haben. Und es war gerade die Politik von Franjo Tudjman und seiner Mitstreiter, die die Serben aus Kroatien in die Armee von Milosevic getrieben hat“ – schrieb Tudjmans profilierteste Gegnerin Jelena Lovric¹⁰.

So begann der Krieg, der sich bis zu seinem tatsächlichen Ausbruch noch Zeit ließ. Kriegerische Handlungen kamen erst Juni 1991 auf und waren gegen Slowenien gerichtet (das gerade, wie Kroatien, seine endgültige Abtrennung von Jugoslawien verkündet hatte). Die „Jugoslawische Volksarmee“, befehligt von dem Kroaten Veljko Kadijevic, griff Slowenien an. Dessen Verteidigungsminister Janez Jansa hat 1992 in seinem faszinierenden Buch „Premiki“ (Bewegungen) dargestellt, mit welchen „Argumenten“ („Deutschland bestärkt Slowenien und Kroatien in seinem Wunsch zur Abtrennung“) die Armee sich rechtfertigte, wie effektiv die slowenische Armee (d. h. die ehemalige slowenische „Territorialverteidigung“) sich wehrte, wie sehr sich Kroatien einer Kooperation mit Slowenien verweigerte (obwohl die Kroaten doch wissen mußten, daß sie das nächste Opfer sein würden). Jansa berichtet auch, daß die einzige Stimme, die gegen den Rückzug der Armee (nachdem sie binnen einer Woche in Slowenien geschlagen worden war) im noch existierenden „jugoslawischen“ Staatspräsidium abgege-

¹⁰ Vgl. Independent vom 3. 8. 1992.

ben wurde, von dem derzeitigen Präsidenten des kroatischen Parlaments Stipe Mesic kam.

VI. Schlußbetrachtung

Das alte Jugoslawien war gerade für Deutsche kein „Ausland“ mehr: von jährlich rund neun Millionen Touristen waren stets über drei Millionen Deutsche. Seit drei Jahren gibt es kaum noch Touristen in (Ex)Jugoslawien. Boom-Branchen wie ehemals der Schiffbau in Kroatien sind am Ende, zwischen einstmaligen „Bruderrepubliken“ senkten sich „Staatsgrenzen“, die monatlichen Inflationsraten in den kriegführenden Nachfolgestaaten bewegen sich zwischen 90 Prozent (Kroatien) und 240 Prozent (Serbien). Die einst hoch integrierte „jugoslawische“ Wirtschaft funktioniert nur noch im Bereich der Waffenproduktion.

Das einstige Jugoslawien ist zerfallen – in zwei friedliche Nachfolgestaaten, Slowenien und Makedonien (wobei das letztere, ungeachtet seiner UNO-Anerkennung, immer noch als diplomatischer „Underdog“ behandelt wird), zwei kriegerische, Serbien und Kroatien (erstes international mit Embargo, letzteres hingegen mit dem Wohlwollen internationaler Huld versehen), und in das Schlachtfeld Bosnien-Herzegowina, das Milosevic „Tschetniks“ und die Kroatische Armee zu 90 Prozent besetzt halten und den Rest den Muslimen in zwei (faktischen) „Reservaten“ reservieren. Offiziell wurde das in den am 27. Juli 1993 in Genf begonnenen Verhandlungen als „konföderative Lösung“ präsentiert – der die UN-Vermittler Owen und Stoltenberg eilig zustimmten. Vergebens hatte das bosnische Staatspräsidium in der Vorwoche einstimmig seine Gegenposition aufgestellt: Erhalt eines international anerkannten Staates Bosnien; Beendigung der Kriegshandlungen und minimale Sicherheit für die Menschen; integrales Bosnien auf föderativer Basis; und (als „Reserve-Option“) „Bosnien als internationales Protektorat“¹¹.

11 Vgl. die bosnische Wochenzeitung *Oslobodjenje* (Befreiung) vom 22.–29. 7. 1993.

Einen „stogodisna vojna na Balkanot“ (hundert-jährigen Krieg auf dem Balkan) prognostizierte jüngst der makedonische Präsident Kiro Gligorov. Wird es dazu kommen? Daß der Krieg weitergehen wird, ist gewiß. Was heute in Bosnien mit internationaler Billigung praktiziert wird – die Zerschlagung eines Staates durch „ethnische Aufteilung“ – kann morgen nicht verhindert werden, wenn sich Serben in Kroatien, Albaner im Kosovo usw. auf dasselbe Prinzip berufen! Die Frage ist nur, ob Kriegsverbrecher wie Tudjman und Milosevic ihre eigenen Völker noch lange derartig manipulieren können. Aber könnten sie es demnächst nicht auch mit sozialen Unruhen im Inneren zu tun haben, die ihr politisches Überleben gefährden? Wären solche (vermutlich) friedensbringenden Unruhen nicht dadurch zu fördern, daß man Serbien und Kroatien mit identischen Sanktionen und Embargos überzöge (da ihre identische Kriegsschuld in Bosnien doch wohl außer Zweifel steht)?

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ist moralisch nicht zu rechtfertigen, politisch nicht zu steuern, militärisch nicht zu gewinnen – für keine der beteiligten Seiten, auch nicht für „Europa“, das sich politische Fehler, unterlassene Hilfeleistungen und gebrochene Prinzipien in Fülle vorhalten lassen muß. Sein „Lohn“ sind knapp drei Millionen Flüchtlinge (so die Schätzung der deutschen Bundesregierung Ende Juli 1993), die sich vorerst noch im Lande bewegen, mehr und mehr aber nach „Europa“ drängen. Hätte man in den europäischen Metropolen nur einmal auf Bosniens Präsident Izetbegovic gehört, der immer wieder darauf hinwies, daß durch den Vance-Owen-Plan – Bosnien in zehn föderierte „Kantone“ aufzuteilen (als einzige positive Bestimmung) – die Möglichkeit gegeben war, die Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurückzubringen. Mit größerem politischen Druck hätte mehr erfolgreiche Menschenrechtspolitik geleistet werden können. So bleibt nur schaler Trost: „Deutschland ist nach Meinung von Herrn Milosevic der größte Feind Jugoslawiens“, lästerte Ende 1992 der „jugoslawische“ Ministerpräsident Milan Panic (der sich vor den serbischen Radikalen um Milosevic-Seselj wieder in die USA zurückgezogen hat), „und darum hat Deutschland wohl 260 000 jugoslawische Flüchtlinge aufgenommen“.

Jugoslawienpolitik am Wendepunkt

Genau zwei Jahre nach Ausbrechen des jugoslawischen Krieges trat im Juni 1993 eine bemerkenswerte Wende in der westlichen Balkanpolitik ein. Aufgrund der endgültigen Ablehnung des von Lord Owen und Cyrus Vance entwickelten Friedensplans für die Bürgerkriegsrepublik Bosnien-Herzegowina mußten die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen das Versagen ihrer diplomatischen Bemühungen offen eingestehen. Nach Monaten intensivster Verhandlungen über eine völkerrechtlich akzeptable politische Lösung für den postjugoslawischen Raum sahen sie keine andere Alternative mehr, als sich dem Druck der militärischen Realitäten zu beugen und ihre ursprünglichen Prinzipien zu revidieren. Obwohl sie rhetorisch weiterhin an der territorialen Integrität der jugoslawischen Nachfolgestaaten festhalten, haben sie den Forderungen von Serben und Kroaten nachgegeben, über die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas zu verhandeln. Zeitgleich mit diesem unverblühten Bekenntnis zur Realpolitik entzündete sich zwischen den westlichen Partnern und Verbündeten eine Debatte darüber, wer die Verantwortung für das Scheitern der Diplomatie im ehemaligen Jugoslawien trägt. Vor allem die Deutschen mußten harsche Kritik entgegennehmen, weil sie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf die Anerkennung der vormals jugoslawischen Teilrepubliken als unabhängige und souveräne Staaten gedrungen hatten. Aufgrund ihrer vermeintlichen Untätigkeit wurden freilich auch die übrigen internationalen Akteure mit scharfen Worten bedacht.

I. Phasen des internationalen Engagements 1991–1993

Die internationalen Bemühungen um eine Lösung der jugoslawischen Krise haben im Verlauf von zwei Jahren drei Phasen durchlaufen, von denen die erste ganz im Zeichen Europas stand¹.

¹ Zur Chronologie der innerjugoslawischen Entwicklung vgl. John Zametica, *The Yugoslav Conflict*, London 1992; Misha Glenny, *The Fall of Yugoslavia. The Third Balkan War*, London 1992; Mark Thompson, *A Paper House. The Ending of Yugoslavia*, New York 1992; James Gow, *Legitimacy and the Military. The Yugoslav Crisis*, London 1992;

1. Die „Stunde Europas“

Nachdem der jugoslawische Staat mit den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens am 25. Juni 1991 endgültig auseinandergebrochen war und es in beiden Republiken zu ersten Kampfhandlungen zwischen den Territorialverteidigungen und der Jugoslawischen Volksarmee gekommen war, schalteten sich zunächst die KSZE und die Europäische Gemeinschaft ein, während sich die Vereinten Nationen ausdrücklich für nicht zuständig erklärten. Am 27. Juni setzte Österreich den KSZE-Krisenmechanismus in Gang und forderte die Belgrader Regierung zur Aufklärung ihrer militärischen Aktivitäten beim Wiener Konfliktverhütungszentrum auf. Kurz darauf beschloß der Europarat, seine Troika (bestehend aus den Außenministern Italiens, Luxemburgs und der Niederlande) zu einer Vermittlungsmission nach Jugoslawien zu entsenden.

Mit der am 7./8. Juli 1991 verabschiedeten „Deklaration von Brioni“ hat die Troika einen ersten Verhandlungserfolg erzielt, den die EG als „Stunde Europas“ feierte. Das zwischen Slowenien, Kroatien und Serbien geschlossene Abkommen beruhte auf einem Waffenstillstand und setzte die Unabhängigkeit der beiden nördlichen Republiken für einen Zeitraum von drei Monaten aus, in dem sich die Konfliktparteien um eine einvernehmliche politische Lösung bemühen sollten. Die Europäische Gemeinschaft, die sich hierfür aktiv engagierte, verhängte ein Waffenembargo und suspendierte alle wirtschaftlichen Hilfen an das ehemalige Jugoslawien. Ebenso wie die KSZE entsandte sie Beobachtermissionen zur Überwachung des Waffenstillstands. Da aber allen Aktivitäten zum Trotz die Kämpfe weiter eskalierten, berief sie im September 1991 eine Friedenskonferenz nach Den Haag ein, die der ehemalige NATO-Generalsekretär, Lord Carrington, leitete. Sein Vorschlag, Jugoslawien in eine lose Konföderation souveräner Republiken

Paul Garde, *Vie et mort de la Yougoslavie*, Paris 1992; Catherine Samary, *Krieg in Jugoslawien*, Köln 1992. Eine systematische Zusammenfassung der internationalen diplomatischen Aktivitäten bieten u. a. James B. Steinberg, *The Role of European Institutions in Security After the Cold War: Some Lessons from Yugoslavia*, Santa Monica 1992 (Rand: N-3445-FF); Die Internationalen Organisationen EG, WEU, KSZE, NATO und VN [UNO] im Jugoslawien-Konflikt, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Info-Brief 131/93.

umzuwandeln, wurde jedoch von Serbien abgelehnt.

2. Die Internationalisierung der Krise

Angesichts der anhaltenden Kämpfe in Kroatien wandten sich die Außenminister der EG am 19. September mit der Bitte um Unterstützung an den UNO-Sicherheitsrat. Er beschloß, sich dem von der EG über Jugoslawien verhängten Waffenembargo anzuschließen und leitete damit die umfassende Internationalisierung des Balkankonflikts ein. Nunmehr setzte die Völkergemeinschaft auf eine zweigleisige Strategie: Während sich die EG weiter um die Vermittlung einer politischen Lösung bemühte, sollte die UNO im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen (peace keeping) aktiv werden. Am 23. November gelang es ihrem Unterhändler, Cyrus Vance, einen dauerhaften Waffenstillstand zu vermitteln. Im Rahmen des Vance-Planes beschloß der Sicherheitsrat im Februar 1992 die Entsendung einer Schutzgruppe (UNPROFOR) in die kroatischen Kriegsgebiete Slawoniens und der Krajina. Sie sollte den Rückzug der Jugoslawischen Volksarmee und die Einhaltung des Waffenstillstands überwachen, die paramilitärischen Verbände demobilisieren und die Rückkehr der Vertriebenen ermöglichen. Ursprünglich auf zwölf Monate beschränkt, ist ihr Mandat bereits mehrmals verlängert worden.

Einen wichtigen Schritt für die Internationalisierung der Krise bedeutete die Unabhängigkeitswerdung der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken. Auf Druck des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher stellten die Außenminister der EG am 17. Dezember 1991 in Aussicht, diese im Januar des folgenden Jahres unter bestimmten Bedingungen als unabhängige Staaten anzuerkennen. Am 15. Januar 1992 wurden Slowenien und Kroatien, am 7. April Bosnien-Herzegovina zu Völkerrechtssubjekten erklärt, während die Anerkennung Makedoniens vorläufig am griechischen Widerstand scheiterte. Unmittelbar nach ihrer internationalen Anerkennung griff der Krieg im April 1992 auch auf die Republik Bosnien-Herzegovina über. Seither verlagerte die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen auf humanitäre Hilfe und Flüchtlingsfürsorge. Die Blockade der Hilfstransporte durch kämpfende Einheiten führte im Juni zur Entsendung zusätzlicher Blauhelme (UNPROFOR II) für den Flughafen Sarajevo. Am 30. Mai verhängte der Sicherheitsrat aufgrund der Resolution 757 wirtschaftliche Sanktionen gegen Serbien und Montenegro, die als Hauptverantwortliche identifiziert wurden. Er unterband den Warenverkehr mit den beiden Republiken, fror Zahlungen und Kredite ein und untersagte den Flugverkehr. Zusätzlich

wurde die sportliche, kulturelle und technische Kooperation suspendiert. WEU und NATO erklärten sich bereit, das Embargo in der Adria zu überwachen. Am 22. September 1992 wurde das ehemalige Jugoslawien aus der UNO ausgeschlossen.

Mit der im August 1992 von EG und UNO initiierten Londoner Friedenskonferenz, bei der erstmals alle Konfliktparteien am gemeinsamen Verhandlungstisch Platz nahmen, intensivierte die Völkergemeinschaft ihre Bemühungen, eine politische Lösung für die Bürgerkriegsrepublik Bosnien-Herzegovina zu vermitteln. Bis heute werden die Gespräche in Genf und New York fortgesetzt.

Aufgrund der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen entsandte der Sicherheitsrat im Oktober 1992 eine Menschenrechtskommission in das ehemalige Jugoslawien und beschloß die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs zur Ahndung der Kriegsverbrechen. Im gleichen Monat verfügte er, die bereits auf der Londoner Konferenz beschlossene Flugverbotszone energischer zu kontrollieren und das Embargo notfalls mit Zwangsmaßnahmen durchzusetzen.

3. Das Eingreifen der USA

Eine neue Phase im internationalen Konfliktmanagement schien zu beginnen, als im Januar 1993 die Vereinigten Staaten erstmals stärkeres Engagement im Jugoslawienkonflikt signalisierten. Der im Februar 1993 vorgelegte Sechspunkte-Plan des neuen Präsidenten Bill Clinton sah vor, mit Reginald Bartholomew einen eigenen Vermittler in den Verhandlungsprozeß einzusetzen. Zur Durchsetzung eines Friedensabkommens zog man erstmalig den Einsatz von Militärkräften in Betracht. In wesentlichen Punkten korrespondierten die Vorschläge Clintons jedoch mit der von der UNO vorgezeichneten Verhandlungslinie.

Im Verlauf von zwei Jahren erstreckten sich die internationalen Bemühungen um Konfliktprävention und -management folglich 1. auf die Kontrolle von Menschen- und Minderheitenrechten (in Form von Beobachtung und Dokumentation von Verstößen durch unabhängige Kommissionen), 2. die Vorbereitung und Durchführung diplomatischer, wirtschaftlicher und (begrenzter) militärischer Sanktionen, 3. die Organisation humanitärer Hilfe, 4. Maßnahmen zur Friedenssicherung (auf den Gebieten vorbeugender Diplomatie, Vermittlung von Waffenstillständen, Leitung von Friedensverhandlungen, Entsendung von Blauhelm-Truppen als peacekeeping forces sowie 5. die Bewältigung der Kriegsfolgen (Kriegsverbrecherprozesse). Angesichts der anhaltenden Kämpfe haben sich jedoch trotz dieser Aktivitäten die Chancen für eine dauerhafte Friedens-

lösung im postjugoslawischen Raum extrem verschlechtert.

II. Gründe für den begrenzten Erfolg des internationalen Engagements

Die Gründe für das Scheitern der internationalen Vermittlungsbemühungen sind auf vier Ebenen angesiedelt. Es geht 1. um analytische und interpretatorische Fehlleistungen von seiten der internationalen Akteure, die 2. konzeptionelle Schwächen bei der Politikformulierung nach sich zogen; 3. behinderten institutionenspezifische und organisatorische Mängel einen frühzeitigen und effektiven Problemzugriff, so daß 4. inadäquate und ineffiziente Instrumentarien zum Einsatz kamen. Bei aller Kritik ist jedoch stets im Auge zu behalten, daß die Auflösung Jugoslawiens aufgrund der konträren Interessen und Ziele der Konfliktparteien, nicht zuletzt wegen ihrer überregionalen Dimensionen, eine der komplexesten und diffizilsten diplomatischen Herausforderungen der Nachkriegsepoche darstellt.

1. Konfliktwahrnehmung und -analyse

Obwohl es an Warnsignalen nicht gefehlt hat, wurde die krisenhafte Zuspitzung der innerjugoslawischen Situation erst relativ spät wahrgenommen². Sowohl die Konflikthaftigkeit des in den späten achtziger Jahren in allen Teilrepubliken rasch um sich greifenden Nationalismus als auch die destabilisierenden Folgen des seit 1987 forcierten serbischen Zentralismus wurden weitgehend unterschätzt. Als 1991 der Bundesstaat endgültig kollabierte, war die Aufmerksamkeit der politischen Kreise noch durch die Folgen des Golfkriegs gebunden. Der Moskauer Putsch und der nahende Zerfall der Sowjetunion absorbierten alle diplomatischen Kräfte. Indikatoren wie der rapide Zerfall der gesamtstaatlichen Strukturen, die abnehmende Dialog- und Kompromißbereitschaft der Republiken und Bundesgewalten und nicht zuletzt die rapide Radikalisierung und Militarisierung der Gesellschaft drangen kaum ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Daß aus den innerjugoslawischen Wirren eine der größten diplomatischen Krisen nach 1945 entstehen könnte, hat niemand ernsthaft in Betracht gezogen.

² Vgl. Heinz Vetschera/Andrea Smutek-Riemer, „Signale“ zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen. Am Beispiel der Entwicklung zur Jugoslawien-Krise, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 31 (1993) 1, S. 17–25.

Aus der begrenzten und selektiven Wahrnehmung zentraler Krisenindikatoren resultierten insbesondere in der Frühphase des Konflikts frappierende Fehlinterpretationen und -analysen. Vor allem hat man die Tragweite der Auseinandersetzung in zweierlei Hinsicht unterschätzt: Zum einen hielt sich mit zäher Hartnäckigkeit die Vorstellung, es handele sich um einen lokalen Konflikt, der sich auf das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien begrenzen ließe, so daß die vielfältigen spill-over-Risiken kaum ernsthaft diskutiert wurden. Zum anderen wurden alle jugoslawischen Probleme als Ethno- und „Stammeskonflikte“³ und sogar „Religionskriege“ etikettiert. Dies ließ übersehen, daß die unter dem Rubrum ethnonationalistischer Kriege ausgetragenen Konflikte auf eine Vielzahl divergierender Probleme zurückgingen. Hierzu gehörten die jahrzehntelang schwelenden Macht- und Herrschaftskonflikte zwischen den Völkern und Republiken Jugoslawiens, aber auch soziale und wirtschaftliche Verteilungskämpfe zwischen den ärmeren und reicheren Regionen sowie nicht zuletzt eine aus dem niedrigen Entwicklungsniveau resultierende strukturelle Modernisierungskrise, die nahezu alle Lebensbereiche überschattet. Kurz gesagt, kulminierte Ende der achtziger Jahre handfeste ökonomische und machtpolitische Interessenkonflikte, die unter den Vorzeichen einer veränderten weltpolitischen Situation und einer sich rasch verschärfenden Wirtschaftskrise immer häufiger entlang ethnischer Linien artikuliert und in nationale Kategorien umgedeutet wurden. Die Nationalitäten- und Minderheitenproblematik, auf die sich anfänglich alle Schlichtungsversuche konzentrierten, bildete mithin nur einen schmalen Strang in einem dichten Konfliktbündel.

Die Reduktion auf ethnonationalistische Konfliktlagen wiederum hat die Anfälligkeit für kulturzentristische Argumentationsmuster auf der Interpretationsebene erhöht, welche die Konfliktparteien gezielt für ihre Auseinandersetzung instrumentalisieren. So hat sich die kroatische Seite mit relativem Erfolg als integraler Bestandteil der zivilisierten katholisch-mitteuropäischen Kultur präsentiert und die serbischen Nachbarn als Vertreter des barbarisch-despotischen Ostens ausgegrenzt. Die Serben haben sich dagegen mit dem Topos der jahrhundertealten Benachteiligung, Bedrohung und physischen Vernichtung, was sich symbolhaft im Kosovo-Mythos ausdrückt, eine universale Rechtfertigungsstrategie verschafft. Derartige Stereotypisierungen des Konflikts finden sich nicht nur in Zeitungskommentaren, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur wieder.

³ Vgl. Dunja Melcic, Krieg, Blauhelme und europäische Politik, in: die tageszeitung vom 10. Dezember 1992, S. 12.

Der Umgang westlicher Diplomaten und Politiker mit der jugoslawischen Krise war nicht zuletzt von verschiedensten Fehlannahmen geleitet. Aufgrund einer markanten Selbstüberschätzung ging zum Beispiel die Europäische Gemeinschaft davon aus, diesen hochgradig komplexen und eigendynamischen Konflikt noch in einem weit fortgeschrittenen Stadium mit relativ bescheidenen Mitteln von außen beeinflussen zu können. Hinzu kam die Annahme, daß sich die Akteure nach einer Logik verhielten, die der eigenen Rationalität entspräche. Nach dem Muster eines „mirror imaging“ ging man von kongruenten Verhaltensweisen zwischen den Konfliktparteien und den externen Vermittlungsinstanzen aus. Die an die serbische Seite adressierte Androhung ökonomischer Sanktionen beispielsweise übersah, daß deren Kriegsziele vom Primat der Politik diktiert waren und wirtschaftliche Interessen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Allein diese Faktoren mußten zwangsläufig negativ auf den Entwurf einer koordinierten Jugoslawienpolitik wirken.

2. Jugoslawienpolitik ohne Konzepte

Daß die westliche Jugoslawienpolitik lange Zeit konzeptionslos blieb, lag unter anderem daran, daß es gerade in der Frühphase des Konflikts nicht gelang, die eigene Interessenlage klar zu definieren⁴. Lange Zeit ging man davon aus, daß die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien keine vitalen Interessen des Westen berührten. Tatsächlich hatte mit dem Ende des Ost-West-Konflikts Jugoslawien seine zentrale geostrategische Bedeutung für die westliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik verloren. Mit der seit der 1989 eingeleiteten Systemtransformation in Osteuropa büßte zudem die relative Liberalität des jugoslawischen Modells viel von ihrer ursprünglichen Attraktivität ein. Der krisengeschüttelte jugoslawische Bundesstaat rückte seit der demokratischen Wende in Osteuropa immer weiter aus dem Blickfeld.

Erst angesichts der rasch eskalierenden Kampfhandlungen gewann das westliche Interesse schärfere Konturen: Zum einen bedrohte der Krieg demokratische, rechtsstaatliche und humanitäre Mindeststandards und tangierte somit europäische Werteinteressen; zum anderen war schon bei Ausbrechen der kroatischen Krise abzusehen, daß West- bzw. Mitteleuropa kurzfristig nicht von den Kriegsfolgen verschont bleiben würde. Die rasch anschwellenden Flüchtlingsströme gefährdeten

den sozialen Frieden der Aufnahmestaaten; darüber hinaus waren finanzielle Hilfs- und Wiederaufbauforderungen zu erwarten. Vor allem seit sich im Sommer 1992 die Kampfhandlungen auf Kosovo und Makedonien auszuweiten drohten, lag darüber hinaus offen, daß nicht nur in Ex-Jugoslawien und seinen Anrainerstaaten Frieden und Stabilität langfristig gefährdet sein würden. Sollten sich die Türkei und Griechenland als Gegner in einen großen Balkankrieg hineinziehen lassen, stünde nicht zuletzt der Zusammenhalt westlicher Bündnisstrukturen zur Debatte.

Obwohl alle europäischen Staaten diese globalen Herausforderungen früher oder später in ähnlicher Weise rezipierten, zeichneten sich hinsichtlich ihrer Bewältigung stark divergierende nationale Bewertungen ab. Diese resultierten aus objektiv unterschiedlich gelagerten Interessen, die aber offensichtlich von geopolitischen Orientierungen, historisch tradierten Bündnisloyalitäten und vermeintlichen konfessionell-kulturellen Sympathien überwölbt waren. Großbritannien und Frankreich schienen Serbien nahezustehen, während Deutschland offen die kroatische Sache unterstützte. Die im Umfeld der „orientalischen Frage“ des 19. Jahrhunderts gebildete Mächtokonstellation, Koalitionen und Gegnerschaften im Ersten Weltkrieg, die deutsch-französische Rivalität um die Hegemonie in Südosteuropa während der Zwischenkriegszeit, nicht zuletzt deutsche Mitteleuropa-Pläne und die nationalsozialistische Expansion während des Zweiten Weltkriegs traten in Erinnerung⁵. Die scheinbare Wiederkehr historischer und kultureller Affinitäten und Aversionen gab Anlaß zu vielerlei Spekulationen, ließ sich de facto aber kaum nachweisen⁶. Schwerer wog, daß diejenigen europäischen Staaten, die (wie Frankreich, Großbritannien und Spanien) selbst mit starken ethnonationalistischen und regionalistischen Bewegungen konfrontiert sind, die Auflösung des jugoslawischen Bundesstaats zwangsläufig anders interpretierten als die in dieser Hinsicht unbelasteten Deutschen. Die Konfliktparteien im ehemaligen Jugoslawien freilich versuchten, das latente Mißtrauen zwischen den europäischen Partnern für ihre Kriegsziele argumentativ zu nutzen.

5 Vgl. Wolfgang Danspeckgruber, *Balkan Web: Unraveling A Region's Tangled History*, in: *The Washington Post* vom 9. Mai 1993, S. 4

6 Vgl. Eberhard Rondholz, *Deutsche Erblasten im jugoslawischen Bürgerkrieg*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 37 (1992) 7, S. 829–838; Michel Korinman, *L'Autriche, l'Allemagne et les Slaves du Sud*, in: *Hérodote*, 63 (1991), S. 52–65; Yves Lacoste, *La question serbe et la question allemande*, in: *Hérodote*, 67 (1992), S. 3–48; Norman Stone, *Wir sind hier, weil wir hier sind*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Juni 1993, S. 32; Viktor Meier, *Vom Nachteil historischer Vorurteile. Die angelsächsische Vorliebe für die Serben*, in: ebd. vom 17. Juni 1993, S. 12.

4 Vgl. Viktor Meier, *Ohne Konzept für den Balkan. Das Grundübel westlicher „Jugoslawien“-Politik*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Dezember 1992, S. 7; ders., *Zögern, hinnehmen, wegschauen. Der Westen ohne Jugoslawien-Politik*, in: ebd. vom 30. Januar 1993, S. 10.

Den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen nationalen Bewertungen und Interessen herzustellen, gestaltete sich insofern schwierig, als das Auseinanderbrechen Jugoslawiens die internationale Gemeinschaft auch noch vor gravierende völkerrechtliche Probleme stellte. Die nach Unabhängigkeit strebenden Republiken Slowenien und Kroatien beriefen sich im Sommer 1991 auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Charta der Vereinten Nationen garantiert, das jedoch in seiner Anwendung höchst problematisch ist. Zum einen ist offen, welche ethnischen Gemeinschaften sich als „Völker“ definieren und Anspruch auf einen eigenen Nationalstaat anmelden können. Zum anderen konfliktiert das Selbstbestimmungsrecht mit dem Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen bzw. der territorialen Integrität von Staaten. Die UNO hat es in ihrer politischen Praxis stets als Selbstbestimmungsrecht von Staaten (im Sinne einer Befreiung von kolonialer Fremdherrschaft), nicht Völkern interpretiert⁷. Im ethnisch heterogenen Jugoslawien stand zu befürchten, bei Abspaltung einer Teilrepublik eine Kettenreaktion von Sezessionsbestrebungen in immer kleineren Einheiten auszulösen. Nicht zuletzt sollten in Hinblick auf den drohenden Zerfall der Sowjetunion und der Tschechoslowakei Präzedenzfälle vermieden werden.

Angesichts der verworrenen innerjugoslawischen Situation grenzte es ohnehin an die Quadratur des Kreises, eine für den gesamten Raum akzeptable politische Ordnung zu entwerfen und durchzusetzen. Der gravierendste Fehler der Jugoslawienpolitik bestand aber darin, sich permanent mit Teillösungen zu bescheiden und zu ignorieren, daß die Probleme aller südslawischen Republiken unauflösbar miteinander verwoben sind. Wer ein Element innerhalb des labilen multinationalen staatlichen Konstruktes verschob, brachte das gesamte ethnische und politische Gefüge in Bewegung. Überspitzt gesagt, jede politische Reaktion gegenüber Slowenien hätte auf ihre Auswirkungen auf Makedonien hin überprüft werden müssen. Insofern war es durchaus begründet, daß die internationale Gemeinschaft zunächst am Erhalt des jugoslawischen Bundesstaats festhielt und erst angesichts der raschen Erosion der Bundesgewalten Konzepte zu seiner Konföderalisierung in Betracht zog⁸.

Monate nachdem sich die Republiken Slowenien und Kroatien für unabhängig erklärt hatten, schwenkte die EG angesichts anhaltender Kämpfe in Kroatien schließlich auf die von den Deutschen forcierte internationale Anerkennung ein. Sie kam zu dem Schluß, alle ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken in ihren bestehenden Grenzen anzuerkennen, sofern sie die Menschen- und Minderheitenrechte respektierten⁹. Noch im August 1992 hatten die Vertreter der EG und der UNO auf der nach London einberufenen Jugoslawien-Konferenz die Grundsätze ihrer Politik dahingehend präzisiert, eine gewaltsame Veränderung der Grenzen nicht zu akzeptieren und die ethnischen Vertreibungen rückgängig zu machen.

Der Vorsatz, alle Teilrepubliken in unabhängige und souveräne Staaten umzuwandeln, besaß mit Bosnien-Herzegowina und Makedonien zwei gefährliche Schwachstellen. In Bosnien-Herzegowina war in den Monaten vor der internationalen Anerkennung die Situation bereits extrem gespannt. Der serbisch-kroatische Krieg hatte die Gesellschaft in ethnische Fraktionen gespalten und drohte, sämtliche staatliche Strukturen aufzulösen. In verschiedenen Teilen des Landes hatten serbische Nationalisten autonome Gebiete ausgerufen, so daß die bosnische Regierung ihre Souveränität bereits im Frühjahr 1992 nur noch in sehr begrenztem Maße ausübte. Nach der Völkerrechtslehre besteht ein Staat jedoch dann, „wenn sich ein auf einem bestimmten Gebiet seßhaftes Volk unter einer selbstgesetzten, von keinem anderen Staate abgeleiteten, *effektiv wirksamen* und *dauerhaften* Ordnung organisiert hat.“¹⁰ Dies war in Bosnien-Herzegowina offensichtlich nicht der Fall, und um so schwieriger gestaltete es sich, seine territoriale Integrität zu gewährleisten. Hinzu kam, daß Serbien und Kroatien massiv auf eine Aufteilung der Republik hinarbeiteten.

Prinzipiell erschien es wenig plausibel, warum das Zusammenleben der Völker in ethnisch heterogenen Republiken besser funktionieren sollte als im multinationalen jugoslawischen Bundesstaat. In Bosnien, wo drei staatstragende Nationen (Muslime, Serben und Kroaten) zusammenlebten, versuchte die EG, diesen Widerspruch durch eine Föderalisierung aufzulösen. Zu Beginn des Jahres 1992, also noch vor der internationalen Anerkennung, hatte sie gegen den Widerstand der Muslime

7 Vgl. Hurst Hannum, *Autonomy, Sovereignty and Self-Determination*, Philadelphia 1990, S. 25 ff.; Peter Coulmas, *Das Problem des Selbstbestimmungsrechts. Mikronationalismus, Anarchie und innere Schwäche der Staaten*, in: *Europa Archiv*, 48 (1993) 4, S. 85–92.

8 Vgl. Anton Bebler, *Jugoslawiens Zukunftsperspektiven. Widerstreitende Konzeptionen zur Neuordnung des Staates*, in: *Südosteuropa*, 40 (1991) 1, S. 1–10.

9 Vgl. Alain Pellet, *The Opinions of the Badinter Arbitration Committee. A Second Breath for the Self-Determination of Peoples*, in: *European Journal of International Law*, 3 (1992) 1, S. 178–185; *Report of the European Community Arbitration Committee*, in: *Yugoslav Survey*, 33 (1992) 1, S. 121–134.

10 Alfred Verdross/Bruno Simma, *Universelles Völkerrecht, Theorie und Praxis*, Berlin 1991³, S. 224.

das Verhandlungskonzept serbischer und kroatischer Nationalisten übernommen, Bosnien in eine Balkanschweiz aus drei ethnischen Kantonen zu verwandeln. Da sich aber aufgrund der ethnischen Gemengelage keine klaren Grenzen zwischen den Siedlungsgebieten der bosnischen Nationen ziehen ließen, mündeten die Kantonsverhandlungen schließlich in Krieg und ethnische Vertreibungen ein. Erst als die Homogenisierung schon in vollem Gange war, hat sich die EG eines Besseren besonnen. Im Januar 1993 wurde der Plan eines regionalisierten, aber multiethnischen bosnischen Staats ersonnen. Der theoretisch geniale Vance/Owen-Plan, der versuchte, die großserbischen Vereinigungsbestrebungen zu konterkarieren und Bosnien-Herzegowina in einen multiethnischen Föderalstaat umzuwandeln, kam freilich viel zu spät und erwies sich theoretisch wie praktisch als undurchführbar¹¹. Nachdem ihn die bosnischen Serben im Frühjahr 1993 endgültig abgelehnt hatten, bestand kaum noch Aussicht, die Souveränität der Republik zu retten. Heute leugnet niemand mehr, daß Bosnien-Herzegowina unter den Kriegsgegnern aufgeteilt wird¹².

Den zweiten Problemfall stellt bis heute Makedonien dar, dessen Unabhängigkeitswerdung monatelang am griechischen Einspruch scheiterte¹³. Zwar zählt es heute zu den Gemeinplätzen, daß sich der jugoslawische Krieg mit gefährlichen Weiterungen auch auf die kleine Vielvölkerrepublik ausdehnen könnte; aber dennoch gibt es keine überzeugende Antwort darauf, mit welchen diplomatischen Maßnahmen sich dies verhindern ließe¹⁴. Die KSZE hat sich damit beschieden, Beobachterkommissionen zu bilden, und die USA haben im Juni 1993 in Funktion eines „Stolperdrahts“ 300 Soldaten nach Makedonien entsandt. Wie sich die Staatenwelt im Fall eines Übergreifens der Kämpfe auf diese Republik verhalten wird, ist jedoch vollkommen offen.

3. Organisatorische und institutionenspezifische Probleme

Das Ausbrechen der jugoslawischen Krise traf Europa in einer Phase tiefgreifenden politischen

Wandels auf mehreren Ebenen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mußten alle europäischen Staaten ihre außen- und geopolitischen Ziele neu definieren und ihre Organisationen und Institutionen umstrukturieren. Die Europäische Gemeinschaft befand sich 1991 auf dem Weg zur politischen Union und arbeitete an einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“¹⁵. Ähnlich befand sich auch die KSZE noch auf dem Weg zu einer regionalen Abmachung mit eigenständigen Krisenmechanismen. Ihr Instrumentarium war auf zwischen-, nicht binnenstaatliche Konflikte zugeschnitten. Darüber hinaus fehlten ihr jegliche Sanktionsmöglichkeiten¹⁶. Im Grunde haben sich die europäischen Institutionen in das Konfliktmanagement eingeschaltet, ohne die hierfür notwendigen Entscheidungsstrukturen und Instrumentarien zu besitzen. „The lesson of Yugoslavia is, that no coordinated European security policy exists, no instruments for its future coordination are in place, and the ‚complimentarity‘ of current security studies, so cleverly advanced by many observers and politicians, is a myth.“¹⁷ Nicht zuletzt deshalb haben viele Organisationen die jugoslawische Krise zum Anlaß genommen, ihre Zuständigkeiten und ihre operative Rolle zu überdenken (wie WEU und NATO) oder ihre Instrumentarien zu effektivieren (wie KSZE und UNO). Die meisten Diskussionen in diesem Zusammenhang sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus entpuppte sich der Zerfall Jugoslawiens als Katalysator, um verbesserte Formen der Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen zu entwickeln. Angesichts der hektischen und unkoordinierten Betriebsamkeit, die in den Gremien entfaltet wurde, drohte sich das Konzept der „interlocking institutions“ jedoch in eines von „interblocking institutions“ zu verkehren¹⁸. Arbeitsteilig sind heute alle wichtigen Institutionen mit dem Konfliktmanagement befaßt: Beobachtermissionen der KSZE kontrollierten bis Juli 1993 die Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte in Serbien und in Makedonien.

15 Vgl. Michael Brenner, *The EC in Yugoslavia: A Debut Performance*, in: *Security Studies*, 1 (1992) 4, S. 586–609; Predrag Simic, *Bürgerkrieg in Jugoslawien: Vom lokalen Konflikt zur europäischen Krise*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 33 (1993) 1, S. 35–49.

16 Vgl. Norbert Ropers/Peter Schlotter, *Vor den Herausforderungen des Nationalismus: Die KSZE in den neunziger Jahren*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 15–16/93, S. 20–27; Heinz Vetschera, *Die KSZE-Krisenmechanismen und ihr Einsatz in der Jugoslawien-Krise*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 29 (1991) 5, S. 405–411.

17 Jonathan Eyal, *Europe and Yugoslavia: Lessons From A Failure*, London 1993 (Whitehall Paper 19), S. 80.

18 Vgl. John Roper, *Jugoslawien und die neue Struktur europäischer Sicherheit. EG, NATO, WEU, KSZE – welche Aufgabe für wen?*, in: *Dokumente*, 48 (1992) 2, S. 38–42.

11 Vgl. Marie-Janine Calic, *Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen, Verlaufsformen und Lösungsmöglichkeiten*, unv. Manuskript, Ebenhausen 1993; Robert M. Hayden, *The Partition of Bosnia and Herzegovina, 1990–1993*, in: *RFE/RL Research Report*, 2 (1993) 2, S. 1–14.

12 Vgl. Marcus Tanner, *West Sets the Stage for a Human Tragedy*, in: *The Independent* vom 8. Juni 1993, S. 10; Viktor Meier, *Sollen die Muslime in Bosnien in „Reservaten“ leben?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Mai 1993, S. 3.

13 Vgl. dazu den Beitrag von Jens Reuter in diesem Heft.

14 Vgl. Jonathan Eyal, *How to Stop the War From Spreading*, in: *The Wall Street Journal* vom 25. Juni 1993, S. 6.

UNO und EG leiten weiterhin die Friedensverhandlungen zwischen den verfeindeten Parteien in Genf und New York, darüber hinaus sind die Vereinten Nationen mit Friedenstruppen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina präsent. Die Westeuropäische Union und die NATO haben die Überwachung der Wirtschaftssanktionen in der Adria übernommen und kontrollieren die Einhaltung des Flugverbots.

Gleichwohl sind nach wie vor viele Organisationen durch die Uneinigkeit ihrer Mitgliedsstaaten blockiert. Nicht selten entsprach die Zahl der in den Gremien diskutierten Lösungsvorschläge der Summe ihrer Mitgliedsstaaten. Während beispielsweise im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft die Deutschen 1991 auf Anerkennung der Teilrepubliken setzten, forderten Frankreich und Großbritannien die Aufrechterhaltung des völkerrechtlichen Status quo. Und um die Maastricht-Verhandlungen nicht zu gefährden, wurde in Kauf genommen, daß Griechenland monatelang die Anerkennung Makedoniens blockierte. Daß die USA durch die jugoslawischen Konflikte ihre vitalen Interessen nicht bedroht sahen und bei deren Lösung lange keine aktive Rolle spielten, schaltete eine wichtige Integrationsmacht aus¹⁹. Daher sind einige Autoren der Meinung, daß die lange Zurückhaltung der USA die Probleme der westlichen Jugoslawienpolitik verstärkt hat²⁰.

Viele diplomatischen Ungereimtheiten erklären sich nicht zuletzt daraus, daß dem Umgang mit der Jugoslawienkrise in dreifacher Hinsicht symbolische Bedeutung beigemessen wurde. Zum einen ging man davon aus, daß Jugoslawien grundsätzlich einen Test- und Präzedenzfall für das Management ethnonationaler Konflikte darstellt und daß von seiner Bewältigung Signalwirkung auf andere Spannungsregionen ausgeht. Alle Bemühungen konzentrierten sich darauf, angesichts der seit 1989 erstarkenden zentrifugalen Kräfte in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei keine Präzedenzfälle zu schaffen. Insofern wurde die westliche Balkanpolitik stets als Botschaft an die osteuropäischen Reformstaaten begriffen. Zum zweiten wird der jugoslawische Krieg in vielen Staaten für rein innenpolitische Ziele instrumentalisiert. Oft dient die Kritik an der offiziellen Balkanpolitik den nationalen Oppositionsparteien lediglich dazu, sich über außenpolitische Themen gegenüber ihren

Regierungen zu profilieren. So nutzen in einigen islamischen Ländern die Fundamentalisten den Balkankrieg für antiwestliche Propaganda²¹. In Rußland pochen die Gegner Boris Jelzins auf die Solidarität mit den Serben, um ihre eigene Position zu stärken. Zum dritten diente die Jugoslawienkrise als Instrument, um das innereuropäische Kräfteverhältnis zu definieren, und in gewisser Weise hat sie sich zum Katalysator für eine Nationalisierung der Außenpolitik entwickelt. In ihrem Verlauf ist unter anderem die Furcht entstanden, daß das wiedervereinigte Deutschland mit Hilfe seiner Jugoslawienpolitik die Führungsrolle im europäischen Mächtekonkordat übernehmen wolle²². Jeder Vorschlag zur Konfliktlösung wurde folglich dahingehend analysiert, welche Auswirkungen er auf die Rangordnung der europäischen Partnerstaaten haben könnte, und weniger unter dem Aspekt, ob er im Sinne der Konfliktlösung zielführend sei. „In this wider diplomatic game, Yugoslavia ultimately counted for little.“²³

4. Wirkungslose Instrumentarien

Im Verlauf der jugoslawischen Krise kam eine breite Palette von Instrumentarien zum Einsatz. Viele Reaktionen erfolgten jedoch verspätet, trugen rein symbolischen Charakter oder blieben insgesamt widersprüchlich²⁴. So wurde das Embargo gegen Serbien und Montenegro erst im Mai 1992, rund ein Jahr nach Kriegsausbruch, vom Sicherheitsrat bestätigt. Auch der im Januar 1993 vorgelegte Vance-Owen-Plan, der vorsah, Bosnien-Herzegowina in zehn multiethnische Provinzen mit gemeinsamer Zentralregierung zu zerlegen, hatte angesichts der massenhaften ethnischen Vertreibungen zum Zeitpunkt seiner Entstehung bereits keine realistische Chance mehr.

Zu den wichtigsten und umstrittensten diplomatischen Schritten gehörte die Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken als unabhängige Staaten²⁵. Seit sich das bosnische Debakel

21 Vgl. Bassam Tibi, „Das muslimische Blut ist das billigste Blut“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Juni 1993, S. 12; Khalid Duran, Dschihad der Bosnier gegen Kreuzzug der Groß-Serben. Auf islamische Solidarität können die Muslime nicht bauen, in: ebd. vom 15. September 1992, S. 10.

22 Vgl. Pierre M. Gallois, Vers une prédominance allemande, in: Le Monde vom 16. Juli 1993, S. 2; Hans Stark, Dissonances franco-allemandes sur fond de guerre serbo-croate, in: Politique Étrangère, 57 (1992) 2, S. 339–347.

23 J. Eyal (Anm. 17), S. 33.

24 Vgl. Catherine Guicherd, L'heure de l'Europe. Premières leçons du conflit Yougoslave, Paris 1993.

25 Vgl. Heinz Jürgen Axt, Hat Genscher Jugoslawien entzweit? Mythen und Fakten zur Außenpolitik des vereinten Deutschlands, in: Europa-Archiv, 48 (1993) 12, S. 351–360; Alexander Mühlen, Die deutsche Rolle bei der Anerken-

19 Vgl. George Kenney, Does Bosnia Matter?, in: World Policy Journal, 9 (1992) 4, S. 639–654; Michael Brenner, Les États-Unis et la Crise Yougoslave, in: Politique Étrangère, 57 (1992) 2, S. 329–338; Klaus-Dieter Frankenberger, Ohne Kompaß. Der Balkankonflikt und die amerikanische Führungsrolle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Mai 1993, S. 10.

20 Vgl. J. B. Steinberg (Anm. 1); J. Eyal (Anm. 17), S. 80.

nicht mehr vertuschen läßt, ergehen sich die Verbündeten in gegenseitigen Schuldzuweisungen über ihre Balkanpolitik. So sorgte bereits im Mai d.J. der niederländische Botschafter, Arnold Peter van Walsum, mit seiner Kritik an der deutschen Anerkennungspraxis für Aufsehen, und auch der Bericht des EG-Vermittlers Henry Wynaendt schlug in dieselbe Kerbe²⁶. Einen Monat später warf der amerikanische Außenminister Warren Christopher den Deutschen eine besondere Verantwortung für die Entwicklung auf dem Balkan vor, weil sie die EG zur Anerkennung der Teilrepubliken überredet hätten. Wenig später schloß sich sein früherer französischer Amtskollege Roland Dumas mit der These an, der deutsche Alleingang habe zur Eskalation des Krieges in Bosnien-Herzegowina geführt²⁷. Diesen Anschuldigungen traten die Deutschen mit dem Argument entgegen, daß die Anerkennung auf einem gemeinsamen Beschluß der zwölf EG-Staaten beruhe und ohnehin nur die bereits faktisch vollzogene Auflösung Jugoslawiens sanktioniere. Darüber hinaus habe man sich von der Internationalisierung des Konflikts eine abschreckende Wirkung auf die serbischen Angreifer versprochen, während ein längeres Abwarten die Serben in ihrer Eroberungspolitik ermuntert hätte²⁸.

Tatsächlich sind an der Anerkennungspraxis formal zwei Aspekte problematisch. Zum einen griff die deutsche Ankündigung, Slowenien und

nung der jugoslawischen Sezessionsstaaten, in: *Liberal*, 34 (1992) 2, S. 49–55; Arthur Heinrich, Neue deutsche Außenpolitik. Selbstversuche zwischen Zagreb und Brüssel, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 36 (1992) 12, S. 1446–1458; Bruno Schoch, Anerkennung als Ersatzhandlung. Ein kritischer Rückblick auf die Bonner Jugoslawienpolitik, in: Peter Schlotter u. a. (Hrsg.), *Der Krieg in Bosnien und das hilflose Europa. Plädoyer für eine militärische UN-Intervention*, Frankfurt a. M. 1993 (HSFK-Report 5–6/1993), S. 37–53.

26 Vgl. Verbauter Rückzug aus einem untauglichen Konzept, in: *General-Anzeiger* vom 27. Mai 1993, S. 4; Henry Wynaendts, *L'engrenage. Chroniques Yougoslaves*, juillet 1991–août 1992, Paris 1993.

27 Vgl. Trübungen zwischen Bonn und Washington. Kohl und Kinkel verwarfen sich, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Juni 1993, S. 1f. Eine entsprechende Anklage erhoben bereits: John Newhouse, Bonn, der Westen und die Auflösung Jugoslawiens. Das Versagen der Diplomatie – Chronik eines Skandals, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 37 (1992) 10, S. 1190–1205; William Horsley, United Germany's Seven Cardinal Sins. A Critique of German Foreign Policy, in: *Millennium*, 21 (1992) 2, S. 225–241.

28 Vgl. Immo Stabreit, Yugoslav Breakup: Don't Blame Germany, in: *The Washington Post* vom 29. Juni 1993, S. A 9; Peter Sartorius, War Bonn an allem schuld? Von den Schwächen der Argumente gegen Genschers Balkan-Politik, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juni 1993, S. 10; Werner A. Perger, Warum Bonn am Pranger steht, in: *Die Zeit* vom 25. Juni 1993, S. 5; Viktor Meier, Verantwortlich sind England und Frankreich, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. Juni 1993, S. 12.

Kroatien zu Völkerrechtssubjekten zu erklären, den Ergebnissen der unter Leitung des französischen Verfassungsrechtlers Badinter eigens gebildeten Schiedskommission der EG vor, die erst Mitte Januar 1992 vorliegen sollten. Zum anderen mißachtete die deutsche Ankündigung die Kommissionsempfehlung, zunächst die Republiken Slowenien und Makedonien, welche alle Kriterien erfüllten, in die Staatengemeinschaft aufzunehmen. Indem die EG schließlich Slowenien und Kroatien, nicht aber Makedonien in den Kreis souveräner Staaten aufnahm, hat sie sich in tiefe Widersprüche verstrickt.

Inkonsequent hat sich die Völkergemeinschaft auch insofern benommen, als sich niemand bereit fand, die Souveränität ihrer jüngsten Mitglieder militärisch zu gewährleisten. Zwar ist die Frage eines bewaffneten Eingreifens seit Ausbruch des jugoslawischen Krieges im Sommer 1991 in unterschiedlichsten Gremien immer wieder diskutiert und durchgespielt worden. Dabei schälte sich jedoch ein breiter Konsens gegen die Entsendung von Bodentruppen heraus. Die Hauptargumente lauteten, daß ein militärisches Eingreifen ohne politische Lösungen keinen Sinn habe und daß der Umfang, die Dauer und die Gefahren eines solchen Einsatzes unabsehbar seien²⁹. Die Experten kamen zu dem Schluß, daß bei einer Militärintervention im ehemaligen Jugoslawien Zweck und Mittel in einem groben Mißverhältnis zueinander stünden, daß die politischen und militärischen Risiken kaum kalkulierbar und die Aussichten auf einen politischen Erfolg verschwindend gering seien. Scheidet jedoch die Anwendung von Gewalt aus, stehen nur noch diplomatische und ökonomische Sanktionen zur Verfügung.

Über die Wirksamkeit ökonomischer Zwangsmaßnahmen als Mittel der Außenpolitik herrscht in der wissenschaftlichen Literatur keine einhellige Meinung. Kritiker führen ins Feld, daß sich Embargos kaum lückenlos durchsetzen lassen und deshalb prinzipiell nur begrenzte Effekte erzielen. Darüber hinaus ist nicht erwiesen, inwieweit sich Außenpolitik überhaupt durch wirtschaftliche Sanktionen beeinflussen läßt³⁰. Im Falle Serbiens haben sich

29 Vgl. Paul Beaver, In Yugoslavia, Only Fools March In, in: *The Wall Street Journal* vom 16. Dezember 1992, S. 6; Edward Cowan, The Price Of Intervention, in: *The Independent* vom 30. April 1993, S. 23; Colin L. Powell, Die Ziele müssen klar sein, in: *Die Zeit* vom 16. Oktober 1992, S. 16; Dieter S. Lutz, Militärische Gewalt – Mittel gegen den Krieg in Bosnien-Herzegowina?, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden*, 8 (1992) 3, S. 146–150.

30 Vgl. Peter A. G. van Bergeijk, Success and Failure of Economic Sanctions, in: *Kyklos*, 42 (1989) 3, S. 385–404; Hanns W. Maull, Wirtschaftssanktionen als Instrument der Außenpolitik, in: *Jahrbuch für Politik*, 1 (1991) 2, S. 341–367.

die Hoffnungen, auf diesem Wege den jugoslawischen Krieg beenden zu können, jedenfalls bislang nicht erfüllt³¹. Zwar hat das Embargo die ohnehin schwer beschädigte Volkswirtschaft Serbiens und Montenegros dicht an den Rand des Kollapses geführt. Im Januar und Februar 1993 lag die Industrieproduktion bereits 40 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor, die Exportaktivität fiel im gleichen Zeitraum um 77,4 Prozent³². Bei galoppierender Inflation sind 3,5 Mio. Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit, Zwangsurlaub und sinkenden Sozialleistungen unter die Armutsschwelle gerutscht³³. Aber trotz dieser rasanten Talfahrt der Wirtschaft hat die jugoslawische Regierung für 1993 wieder eine Rekordsumme für den Verteidigungshaushalt bereitgestellt³⁴. Gleichzeitig führt sie weiterhin einen erheblichen Anteil des Nationaleinkommens an die Serben Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas ab. Eine wirtschaftliche Lähmung der Kriegsmaschinerie ist daher vorerst nicht zu erwarten. Auch die Hoffnung, daß die dramatische Verschlechterung der ökonomischen Lage einen Umsturz der innerserbischen Machtverhältnisse bewirken könne, hat sich bislang nicht erfüllt. Im Gegenteil hat die internationale Isolierung das Regime sogar noch stabilisiert³⁵. Die Wahlen vom 20. Dezember 1992 haben die Position der ultranationalistischen Kräfte deutlich gestärkt³⁶. Noch bevor seine Volkswirtschaft endgültig zusammenbricht, wird Serbien seine Kriegsziele erreicht haben³⁷.

Die Hauptaktivitäten der internationalen Gemeinschaft konzentrieren sich darauf, im Rahmen von

31 Am 30. Mai 1992 hatte der Sicherheitsrat Sanktionen erlassen, die im September des gleichen Jahres noch einmal verschärft wurden. Angesichts der anhaltenden Kämpfe in Bosnien-Herzegowina hatte er im April 1993 eine strenge Überwachung der Blockade (vor allem der Donau) durchgesetzt.

32 Vgl. David Dyker/Vesna Bojicic, *The Impact of Sanctions on the Serbian Economy*, in: RFE/RL Research Report, 2 (1993) 21, S. 50–54.

33 Vgl. Jens Reuter, *Eine Ausweitung des Kriegs ist wahrscheinlicher als der Frieden*, in: *Das Parlament* vom 12. März 1993, S. 10.

34 Vgl. *Brdo novca za novu vojsku* (Ein Berg Geldes für die neue Armee), in: *Borba* vom 21. Dezember 1992, S. 10.

35 Vgl. J. M. Scolnick, *How Governments Utilize Foreign Threats*, in: *Conflict*, 8 (1988), S. 12–22.

36 Vgl. Milan Andrejevich, *The Radicalization of Serbian Politics*, in: RFE/RL Research Report, 2 (1993), S. 14–24; ders., *What Future for Serbia*, in: ebd., 1 (1992) 50, S. 7–17.

37 Eine andere Frage ist, ob sich das Spektrum nichtmilitärischer Sanktionen nicht noch erweitern ließe. Friedensforscher haben einen breitgefächerten Katalog wirtschaftlicher, währungspolitischer, völkerrechtlicher, kultureller, elektronischer, technischer und (beschränkter) militärischer Zwangsmaßnahmen entwickelt, die im Sinne einer Eskalationsskala noch zum Einsatz kommen könnten. Vgl. Achim Schmillen/Erich Schmidt-Eenboom, *Friedliche Konfliktregelung und aktive Konfliktaustragung*, in: *Mediatius*, 12 (1992) 5, S. 3–6.

Friedenskonferenzen eine politische Lösung für den postjugoslawischen Raum zu vermitteln. Obwohl Serbien von der internationalen Gemeinschaft als Hauptaggressor identifiziert und mit umfassenden Sanktionen belegt wurde, basiert das Verhandlungskonzept der EG und der UNO auf neutraler Vermittlung. In asymmetrischen Konflikten, wenn sich Machtressourcen und militärisches Potential ungleich verteilen, begünstigt dies zwangsläufig den Aggressor³⁸. So hat auch das über alle jugoslawische Nachfolgestaaten verhängte Waffenembargo das Ungleichgewicht zwischen den Kriegsparteien zementiert³⁹. Und letztlich hat auch die Entsendung der Blauhelmsoldaten nach Kroatien faktisch eher dazu beigetragen, die serbischen Eroberungen abzusichern als die Souveränität Zagrebs wiederherzustellen.

III. Die Folgen des jugoslawischen Desasters

Die Kapitulation der Diplomatie vor dem jugoslawischen Krieg hat weitreichende Folgen. Die drohende Aufteilung Bosnien-Herzegowinas wird keinen Stabilitätsgewinn für den postjugoslawischen Raum, geschweige denn für die südosteuropäische Gesamtregion bringen. Der seit Monaten tobende Krieg um die Grenzen, das Tauziehen um die Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen und die Gefahr ethnischer Vertreibungen verlagern sich von der innerrepublikanischen auf die zwischenstaatliche Ebene. Nicht mehr der bosnische Vielvölkerstaat, sondern das serbisch-kroatische Verhältnis entwickeln sich dann zur zentralen Konfliktquelle.

Hinzu kommt, daß die gewaltsame Umgestaltung des südslawischen Staatensystems die politisch-territoriale Ordnung der gesamten südosteuropäischen Region in Frage stellt. Mit der Rehabilitierung der Barbarei⁴⁰ demonstriert die internationale Gemeinschaft, daß Gewalt ein probates und trotz rhetorischer Verurteilung letztlich akzeptiertes Mittel darstellt, politische Ziele durchzusetzen. Dies gilt sowohl für den Gewinn

38 Vgl. Peter Schlotter, *Vom Scheitern einer Vermittlung: Europäische Gemeinschaft und Vereinte Nationen im Krieg auf dem Balkan*, in: ders. u. a. (Anm. 25), S. 54–65; Dieter Senghaas, *Wie Gewaltfreiheit den Aggressor begünstigt. Lehren aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Juli 1993, S. 7.

39 Vgl. Albert Wohlstetter, *The Way Out*, in: *The Wall Street Journal* vom 5. Juli 1993, S. 10.

40 Vgl. François Heisbourg/Pierre Lellouche, *Maastricht ou Sarajevo?*, in: *Le Monde* vom 17. Juni 1993, S. 1f.

oder Verlust der Eigenstaatlichkeit als auch für die Veränderung staatlicher und ethnischer Grenzen. Daß sich politische und ethnische Grenzen unter den Augen der internationalen Gemeinschaft gewaltsam ändern lassen, schafft einen Präzedenzfall, der in gefährlicher Weise zur Nachahmung einlädt. So bleibt zu hoffen, daß die radikalen Umwälzungen im ehemaligen Jugoslawien keine Demonstrationseffekte auf die weitere Balkanregion ausüben, wo vierzig Minderheitenkonflikte und fünfzig zwischenstaatliche Krisen schwelen⁴¹.

In abstrakten Kategorien gedacht, stellt die Zerstückelung Bosnien-Herzegowinas also nicht nur die Existenz dieses einen Staates, sondern der ganzen politisch-territorialen Ordnung Südosteuropas in Frage. Mit Kosovo und Makedonien könnte sich der jugoslawische Krieg auf andere Regionen ausweiten⁴². Sollte sich die realpolitische Linie einer Aufteilung Bosniens durchsetzen, wären alle Bemühungen um eine Stabilisierung der Vielvölkerrepublik Makedonien, die durch territoriale Aspirationen ihrer vier Nachbarn Serbien, Bulgarien, Albanien und Griechenland bedroht ist, obsolet. Analog steht das Schicksal der bosnischen Muslime, für die im Rahmen einer realpolitisch strukturierten Friedensordnung kein angemessener Platz mehr zu finden sein wird, für eine bunte Vielzahl ethno-konfessioneller Gruppen in Südosteuropa, die im Zuge des erstarkenden Nationalismus in vielen Ländern immer stärker unter Druck geraten. Darüber, ob die Vernichtung des säkularen Islams im ehemaligen Jugoslawien zu einem Erstarken fundamentalistischer Orientierungen führt, läßt sich derzeit nur spekulieren. Das gleiche gilt für die Ausbreitung (eventuell terroristischer) irredentistischer Bewegungen.

Nicht nur die Gefahr eines großen Balkankriegs, in dem Griechenland zugunsten der Serben und die Türkei auf seiten der Albaner intervenieren könnten, tangiert schließlich westeuropäische Bündnisstrukturen. Schon jetzt hat der Streit darüber, wer die Schuld am jugoslawischen Dilemma trägt, die westlichen Partner und Verbündeten entzweit⁴³.

41 Vgl. Michael W. Weithmann, *Krisenherd Balkan. Ursprünge und Hintergründe des aktuellen Konflikts*, München 1992, S. 210ff.

42 Vgl. Patrick Moore, *Kosovo Could Spark Another Balkan War*, in: RFE/RL Research Report, 1 (1992) 50, S. 18–20.

43 Vgl. John Thomson, *Solidarität auf dem Prüfstand*, in: *Die Zeit*, Nr. 26 vom 25. Juni 1993, S. 8.

Insofern ist durch den jugoslawischen Krieg auch die Identität und der Zusammenhalt des Westens bedroht⁴⁴.

IV. Fazit

Nach zwei Jahren Krieg im ehemaligen Jugoslawien scheint das Versagen der Diplomatie auf allen Ebenen vollkommen: Weder auf dem Gebiet der Konfliktprävention noch im Krisenmanagement, geschweige denn im Bereich strategischer Langzeitplanung hat die internationale Gemeinschaft nennenswerte Erfolge erzielt. Diplomaten, Politiker und Wissenschaftler haben daher versucht, Lehren aus der gescheiterten Jugoslawienpolitik zu formulieren. Ein breiter Konsens läßt sich hinsichtlich genereller Regelungen feststellen: Die internationale Gemeinschaft müsse ihr Warnsystem optimieren, sich frühzeitig und koordiniert in Krisenregionen einmischen, dabei Entschiedenheit, Konsequenz und Glaubwürdigkeit demonstrieren.

Der Westen, so sieht es aus, hat aus der Jugoslawienkrise vor allem über sich selbst gelernt. Er suggeriert, daß sich der Krieg auf dem Balkan hätte verhindern lassen, wenn nur die europäischen Staaten größere Einigkeit besessen und ihre Instrumentarien einen rascheren und problemorientierten Zugriff erlaubt hätten. Angesichts der hochgradigen Komplexität der Konfliktstrukturen, ihrer Prozeßhaftigkeit und inneren Dynamik ist dies jedoch mehr als fraglich. Darüber hinaus bleibt unter den westlichen Partnern und Verbündeten weiter umstritten, welche Erkenntnisse in detail aus dem diplomatischen Desaster zu gewinnen sind. Konkrete Schritte der Jugoslawienpolitik werden nach wie vor national sehr unterschiedlich bewertet⁴⁵. Solange der Minimalkonsens gemeinsamer Interessen in Krisen- und Konflikträumen nicht gefunden ist, solange eine akzeptierte Kasuistik für das Management ethnonationaler Konflikte fehlt, bleibt dieses Manko wohl unüberwindlich. Und entsprechend finster sind die Perspektiven für eine künftige Balkanpolitik.

44 Vgl. Michael Stürmer, *Debakel des Westens*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Juli 1993, S. 10.

45 Vgl. D. Senghaas (Anm. 38); Edward Mortimer, *What we should have done*, in: *Financial Times* vom 6. Januar 1993, S. 8; J. Eyal (Anm. 17); C. Guicherd (Anm. 24).

Makedonien – der jüngste Staat auf der europäischen Landkarte

I. Historischer Rückblick

Am 8. April 1993 wurde der jüngste Staat Europas unter dem provisorischen Namen „Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien“ (EJRM) international anerkannt und in die Gemeinschaft der Vereinten Nationen aufgenommen. Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen trat jedoch ein Mitglied ohne eine eigene Flagge bei. Heftiger griechischer Widerstand war dafür ausschlaggebend, daß die makedonische Flagge, die den Stern von Vergina zeigt, zumindest vorläufig nicht zugelassen wurde. Der sechzehnstrahlige Stern – vermutlich das Wappen Philipps II. von Makedonien – wurde vor 16 Jahren bei Ausgrabungen in Vergina (Griechisch-Makedonien) entdeckt. Die „Usurpation“ dieses Symbols durch den neuen Staat auf ehemals jugoslawischem Boden scheint den Griechen nicht hinnehmbar¹.

Griechenland beansprucht das Monopol auf den Namen Makedonien und hat dem provisorischen Kompromiß in dieser Frage nur widerstrebend zugestimmt. Die bisherige Nichtanerkennung Makedoniens durch die EG ist auf den Einfluß Athens zurückzuführen. Aufgrund des Zerfalls von Jugoslawien gibt es wieder einen Konfliktherd Makedonien, nachdem die traditionelle „Makedonische Frage“ mit Beginn der fünfziger Jahre entschärft zu sein schien.

Die Region Makedonien – damals ein geographischer Begriff mit fließenden Grenzen und bunter ethnischer Gemengelage – wurde nach dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 zum politischen Streitobjekt. Nach dem Frieden von San Stefano sollte ganz Makedonien, d. h. das Territorium der heutigen Republik sowie die beiden Regionen, die heute Teile Bulgariens und Griechenlands sind, an das zu schaffende Großbulgarien fallen. Dieses Vertragsdokument wirkte wie ein Sprengsatz in der von Expansionsgelüsten und Mißtrauen vergifteten Atmosphäre auf dem Balkan. Nur drei

Monate später revidierte der Berliner Kongreß diese Entscheidung und beließ Makedonien beim Osmanischen Reich.

Eine wichtige Rolle in den nun folgenden Auseinandersetzungen spielte die 1893 in Thessaloniki gegründete Makedonische Revolutionäre Organisation, die später mit dem Namenszusatz „Innere“ als IMRO bekannt wurde. Diese Organisation kämpfte nicht nur gegen die osmanische Herrschaft, sondern auch gegen die griechischen und serbischen Ansprüche auf Makedonien. Damals verfolgte die IMRO im Kern das Ziel, ein Großbulgarien zu schaffen, wie im Vertrag von San Stefano vorgesehen. Das in einem großen Teil der Bevölkerung vorhandene slawisch-makedonische Bewußtsein blieb folglich über Jahrzehnte auf Bulgarien fixiert².

Zu Beginn unseres Jahrhunderts war Makedonien nicht nur ein Symbol für bunte ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt, sondern die „makedonischen Zustände“ wurden auch zum Synonym für Chaos, Anarchie und Terror³. Die glimmende Lunte am Pulverfaß entzündete sich in den Balkankriegen. Nach 1912/13 wurde das heftig umkämpfte Gebiet aufgeteilt. Griechenland erhielt mit Ägäis-Makedonien mehr als die Hälfte, während sich Bulgarien mit Pirin-Makedonien begnügen mußte, das nur zehn Prozent des Gesamtgebiets ausmachte. Die verbleibenden knapp 40 Prozent gingen in Form von Vardar-Makedonien an Serbien.

Die nach dem ersten Weltkrieg wiedergegründete IMRO widersetzte sich der Dreiteilung. In Bulgarien wurde sie bis zum Beginn der dreißiger Jahre wegen ihrer probulgarischen Haltung ausgesprochen hofiert, während sie in Griechenland kaum in Erscheinung trat. Ihr Hauptaktionsfeld war Jugoslawien, wo sie auch mit der rechtsradikalen kroatischen Ustascha zusammenarbeitete. Das Attentat von Marseille, dem 1934 der jugoslawische König Alexander und der französische

1 Vgl. Eberhard Rondholz, Zankapfel, Makedonien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1993) 7, S. 871–881.

2 Vgl. Ekkehard Kraft, Die Entstehung der makedonischen Frage, in: Neue Zürcher Zeitung, vom 13. Februar 1992.

3 Vgl. Michael W. Weithmann, Chaos seit über 1000 Jahren, in: Damals, (1993) 4, S. 27–29.

Außenminister Barthou zum Opfer fielen, ging auf das Konto dieser beiden Organisationen. In den dreißiger Jahren spaltete sich die IMRO. Ein einflußreicher Flügel verwarf die großbulgarische Orientierung und proklamierte ein spezifisch makedonisches Nationalbewußtsein, das die drei Teile zu einem vereinten und unabhängigen Makedonien zusammenfügen wollte.

Doch dieses Bewußtsein hatte längst nicht alle Makedonier erfaßt. Zum Geburtshelfer eines makedonischen Nationalgefühls wurde die jugoslawische KP, die am Ende des zweiten Weltkriegs eine makedonische Teilrepublik installierte. Dieser Akt der Schaffung einer eigenen Nation mit dem Recht auf einen vereinigten Nationalstaat hatte nach Troebst⁴ zur Folge, daß die neue makedonische Nationalideologie im Volk verankert wurde – obwohl die jugoslawische KP-Führung ihre anfänglich offensive Makedonienpolitik im Hinblick auf Griechenland und Bulgarien aufgeben mußte. Später wurde die Errichtung der Republik Makedonien in offiziellen jugoslawischen Darstellungen als die „endgültige Lösung der makedonischen nationalen Frage“ gefeiert⁵.

Obwohl es in der Nachkriegszeit wegen Makedonien immer wieder Kontroversen zwischen Jugoslawien auf der einen und Bulgarien oder Griechenland auf der anderen Seite gab, kann man sagen, daß die vier Jahrzehnte zwischen 1950 und 1990 eine Periode waren, in der die Makedonische Frage gleichsam „eingefroren“ war – zementiert durch den Ost-West-Gegensatz und die Blockdisziplin, und nicht zuletzt durch die Existenz eines relativ starken jugoslawischen Staates. Dieser konnte hierbei zwar nicht offensiv oder aggressiv werden, war jedoch in der Lage, potentielle gegen Vardar-Makedonien gerichtete Aspirationen gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Als sich das Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staates bereits abzeichnete, regte sich der makedonische Nationalismus ziemlich ungehemmt. 1990 kam es wiederholt zu Demonstrationen und Blockaden der Grenzübergänge nach Griechenland, die von jungen Makedoniern organisiert wurden. Die Demonstranten protestierten dagegen, daß der makedonischen Minderheit in Nordgriechenland alle nationalen Rechte verweigert würden. Dem jugoslawischen Außenministerium waren diese Aktivitäten höchst unwillkommen, stellten sie doch ein schweres Hindernis für

die offiziell proklamierte Annäherung an die Europäische Gemeinschaft dar⁶.

Der Zerfall Jugoslawiens hat die „vier Wölfe“ wieder zum Leben erweckt, wie die Nachbarn Makedoniens traditionell genannt werden. Ohne den Schutz des jugoslawischen Staates mit seinen 24 Mio. Einwohnern und seiner (damals) 200 000 Mann zählenden Armee scheint die Republik Makedonien nicht länger unangreifbar. Griechenland beansprucht das Monopol auf den Namen Makedonien und hat die Anerkennung dieser Republik durch die Europäische Gemeinschaft bisher verhindert. Albanien unterhält diplomatische Beziehungen zu Makedonien, doch das bilaterale Verhältnis zwischen Skopje und Tirana wird durch das Problem der albanischen Minderheit belastet. Bulgarien hat Makedonien diplomatisch anerkannt, bestreitet jedoch nach wie vor die Existenz einer makedonischen Nation. Das offizielle Serbien erhebt zwar keine Ansprüche auf makedonisches Territorium, konnte sich jedoch zu einer diplomatischen Anerkennung nicht durchringen. Extreme serbische Nationalisten wie der Führer der radikalen Partei Vojislav Seselj fordern unverblümt eine Aufteilung Makedoniens unter seine vier Nachbarn. Die vier Wölfe zeigen demnach unterschiedlich großen Appetit, halten sich jedoch auf absehbare Zeit gegenseitig in Schach.

Andererseits finden sich Expansionsgelüste auch innerhalb der ehemals jugoslawischen Republik. Wichtigster und stärkster Exponent dieser politischen Richtung ist die innere Makedonische Revolutionäre Organisation, eine Partei, die an die alte IMRO anknüpft, sich aber mit dem Zusatz „Demokratische Partei für die Makedonische Nationale Einheit“ (IMRO-DPMNE) schmückt. Die Bewegung, die nach eigenen Angaben über 100 000 Mitglieder verfügt, hat die „geistige und territoriale Vereinigung Makedoniens“ auf ihre Fahnen geschrieben. Sie fordert offen, die Grenzen Makedoniens zu Bulgarien, Albanien und Griechenland müßten neu gezogen werden.

Inzwischen jedoch weist die IMRO-DPMNE zwei Fraktionen auf, eine probulgarische und eine großmakedonische. Das einigende Band zwischen diesen beiden Flügeln besteht im wesentlichen aus dem prononcierten Antikommunismus. Der großmakedonische Flügel hat naturgemäß in Bulgarien und Griechenland die Furcht vor einer irredentistischen Bewegung hervorgerufen.

4 Vgl. Stefan Troebst, Makedonische Antworten auf die „Makedonische Frage“ 1944–1992: Nationalismus, Republikgründung, nationbuilding, in: Südosteuropa, 41 (1992) 7–8, S. 423–442.

5 Politicka Enciklopedija, Belgrad 1975, S. 526.

6 So Viktor Meier in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. Juni 1990.

II. Zwischen Demokratie und Neosozialismus

Im November und Dezember 1990 fanden nach 45 Jahren totalitärer Herrschaft die ersten freien Wahlen in Makedonien statt. Stärkste Fraktion im 120 Sitze umfassenden Parlament wurde die IMRO-DPMNE mit 37 Mandaten. 25 Sitze eroberte die „Partei der Demokratischen Prosperität“, die nationale Partei der Albaner, die in Makedonien ca. 25 Prozent der Bevölkerung stellen. Zwei weitere Parteien der Albaner blieben ohne nennenswerten Erfolg. Inzwischen wurde eine vierte Partei der Albaner gegründet, die jedoch über die Rolle einer Splittergruppe nicht hinauszukommen scheint.

Die gewendeten Kommunisten gewannen zusammen nicht weniger als 50 Mandate. Sie traten mit zwei Parteien an: der „Partei der Demokratischen Erneuerung“ (31 Sitze), die jetzt „Sozialdemokratische Union Makedoniens“ heißt, sowie dem „Bund der Reformkräfte“ (19 Sitze). Beide kommunistischen Wendeparteien erreichten somit fast die Hälfte der Mandate und verpaßten nur knapp die absolute Mehrheit⁷.

Ende Januar 1991 wurde der 73jährige Reformkommunist Kiro Gligorov zum Staatspräsidenten gewählt. Der Politiker, der früher stellvertretender Ministerpräsident Jugoslawiens und Bundesfinanzminister war, erhielt sogar die Stimmen der IMRO. Die Regierungsbildung erwies sich als ungewein schwierig. Nach zweieinhalbmonatigen Verhandlungen entschied man sich für eine „überparteiliche“ Regierung von Fachleuten, an deren Spitze Nikola Kljusev trat, ein emeritierter Professor für Ökonomie, der parteipolitisch nicht gebunden war⁸.

Am 25. Januar verabschiedete das Parlament die „Deklaration der makedonischen Souveränität“, in der es sich für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität, aber auch das Recht auf Sezession aussprach. Es wurde beschlossen, über die Frage des Verbleibs oder der Sezession von dem jugoslawischen Staatsverband ein Referendum abzuhalten. Kiro Gligorov, dessen politischer Einfluß den des Kabinetts der Fachleute bei weitem übertrug – so daß man schon von der makedonischen Präsidialdemokratie sprach – votierte für eine „Gemeinschaft souveräner jugoslawischer Republiken“. Der erfahrene Politiker wußte, daß Make-

donien aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Gründen darauf verwiesen war, eine wenn auch lockere Gemeinschaft mit den übrigen jugoslawischen Republiken anzustreben. Zwischen 50 und 60 Prozent des makedonischen Handels entfielen damals auf diese Region. Daher setzte Gligorov auf eine Allianz souveräner jugoslawischer Nachfolgestaaten – einen Staatenbund geprägt durch Marktwirtschaft, Respektierung der Menschenrechte, gemeinsame Verteidigung (für Makedonien ein besonders wichtiger Punkt) und eine gemeinsame Außenpolitik. Wie Umfragen im April 1991 ergaben, waren 60 Prozent der makedonischen Bevölkerung für ein Bündnis souveräner Nachfolgestaaten, lediglich die Anhänger der IMRO sprachen sich für einen in jeder Hinsicht unabhängigen Nationalstaat aus⁹.

Der Weg in die staatliche Unabhängigkeit, den Makedonien dann tatsächlich gegangen ist, wurde der Republik praktisch aufgezwungen. Nachdem der Versuch, ein neues, auf gleichberechtigte Zusammenarbeit gegründetes Jugoslawien zu schaffen, gescheitert war, hatte Makedonien nur noch zwei Optionen: sich entweder dem neuen Jugoslawien anzuschließen und sich damit der serbischen Hegemonie zu unterwerfen oder den dornigen Weg der staatlichen Unabhängigkeit zu gehen.

Makedonische Politiker aller Parteien betonten immer wieder, man wolle zwar Partner des serbischen Nachbarn sein, nicht aber dessen Untertan. Dem geschickten Taktiker Gligorov gelang es in zähen Verhandlungen, den Abzug der jugoslawischen Bundesarmee aus Makedonien zu erreichen, wodurch sich Makedoniens Position gegenüber Serbien verbesserte¹⁰.

Im Juli 1992 war das Ende der Regierung Nikola Kljusev gekommen. Dem Wirtschaftsfachmann wurde vorgeworfen, gerade auf seinem Spezialgebiet kläglich versagt zu haben. Das Parlament sprach ihm und seiner Regierung mit überwältigender Mehrheit (zwei Gegenstimmen, sieben Enthaltungen) das Mißtrauen aus. Der Versuch der IMRO, auch Präsident Gligorov zu stürzen, scheiterte hingegen. Es ist nicht ohne Ironie, daß das Kabinett Kljusev letztlich für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht wurde, die in erster Linie durch die Blockade von Seiten Griechenlands und Serbiens hervorgerufen worden war¹¹.

9 Vgl. Milan Andrejevich, Macedonia's New Political Leadership, in: RFE/RL Report on Eastern Europe, II (1991) 20.

10 Vgl. Viktor Meier, Mazedoniens Unabhängigkeit nur halb gewollt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. März 1992.

11 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 10. Juli 1992; Nova Makedonija vom 10. Juli 1992.

7 Vgl. Henrik Bischof, Systemkrise in Jugoslawien (Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 1991, S. 23 f.

8 Vgl. Thomas Brey, Jugoslawien: Der Vielvölkerstaat zerfällt, in: Osteuropa, (1991) 7, S. 709–724.

Die Bildung eines neuen Kabinetts stieß, wie nicht anders zu erwarten, auf einige Schwierigkeiten. Nach zweimonatigen Verhandlungen war eine Vierparteienkoalition geschmiedet, bestehend aus der Albanischen Partei der Demokratischen Prosperität und drei exkommunistischen Parteien: der Sozialdemokratischen Union, den Reformliberalen (früher Bund der Reformkräfte) und der kleinen Sozialistischen Partei. Regierungschef ist der erst 30 Jahre alte Branko Crvenkovski, Ingenieur und Computerspezialist. Im Kabinett sitzen u. a. fünf albanische Minister und ein Türke. Ein Novum im konservativen Makedonien ist auch, daß dem Kabinett zwei Frauen angehören. Das deutliche Übergewicht der gewendeten Kommunisten trug der Regierung den Vorwurf ein, sie strebe danach, das alte kommunistische System durch ein neosozialistisches zu ersetzen. Die Regierung bestreitet ihre straff zentralistische Orientierung nicht, sagt aber, die gegenwärtige Übergangszeit gestatte noch keine Demokratie im wünschenswerten Ausmaß. Ein offeneres und demokratischeres System könne erst bei verbesserten äußeren Bedingungen eingeführt werden¹². Die Symbole des alten sozialistischen Systems bestehen z. T. unverändert weiter. In Skopje gibt es nach wie vor die „Straße der Jugoslawischen Volksarmee“ und den „Platz der Brüderlichkeit und Einheit“. Auch Tito-Bilder hängen überall dort, wo sie schon in der „guten alten Zeit“ zu finden waren¹³.

Der junge Regierungschef tritt trotz seiner sozialistischen Orientierung für die möglichst rasche Privatisierung des ehemals gesellschaftlichen Eigentums ein. Die möglichst harmonische Regelung der komplizierten interethnischen Beziehungen in der Republik ist ein weiteres Ziel. Gerade dieses stößt auf Schwierigkeiten. Am 28. Oktober 1992 verabschiedete das Parlament nach lebhaften und langwierigen Auseinandersetzungen ein Gesetz über die makedonische Staatsbürgerschaft. Nur wer mindestens fünfzehn Jahre lang in Makedonien gelebt hat, hat Anspruch auf die makedonische Staatsbürgerschaft. Diese Regelung trifft die Albaner Makedoniens hart. Man schätzt, daß ca. 150 000 von ihnen in den letzten 15 Jahren insbesondere aus Kosovo und Serbien eingewandert sind. Ohne die Staatsbürgerschaft müssen sie nicht nur auf alle politischen Rechte verzichten, auch ihr Eigentum an Grund und Boden ist damit in Frage gestellt¹⁴.

12 Vgl. Hugh Poulton, *The Republic of Macedonia after UN Recognition*, in: RFE/RL Research Report vom 27. März 1993.

13 Vgl. Norbert Mappes-Niediek, *Folgeszenarien der jugoslawischen Auflösungskriege*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (1993) 8.

14 Vgl. *Nova Makedonija* vom 29./30. Oktober 1992.

III. Die albanische Minderheit

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1991 hatte Makedonien eine Gesamtbevölkerung von 2 033 964 Personen. Knapp zwei Drittel von ihnen, 1,314 Mio., sind ethnische Makedonier, während die Albaner mit 427 313 ca. 21 Prozent der Bevölkerung stellen. Die politischen Führer der Albaner bestreiten diese Zahlen heftig. Sie sagen, der Anteil der Albaner an der Bevölkerung Makedoniens betrage 35 oder sogar 40 Prozent. Zur Begründung führen sie an, zahlreiche Albaner hätten die Volkszählung von 1991 boykottiert. Stein des Anstoßes waren die Formulare, die in makedonischer Sprache geschrieben und denen lediglich einige erklärende Richtlinien in albanischer Sprache beigefügt waren. Ein zweites Argument war, in den Zählkommissionen hätten nur Makedonier gesessen, so daß die Zahl der Albaner durch Manipulation reduziert worden sei. Von makedonischer Seite wurde gesagt, die Albaner hätten zum Mittel des Boykotts gegriffen, damit nicht an den Tag käme, daß sie weit weniger seien, als immer von ihnen behauptet¹⁵. Um den Streit endgültig zu entscheiden, haben die Albaner nach einer international überwachten Volkszählung verlangt, die im April 1994 stattfinden soll. Die Vereinten Nationen scheinen dieser Idee positiv gegenüberzustehen und bereit zu sein, die voraussichtlichen Kosten in Höhe von 1,5 Mio. US-Dollar zu tragen¹⁶.

Die Albaner haben ihren Siedlungsschwerpunkt in Westmakedonien. Hier haben sie in den Landkreisen Tetovo und Gostivar die absolute, in Kicevo und Debar die relative Mehrheit. In Struga und Kumanovo stellen sie starke Minderheiten von einem Drittel bzw. von mehr als 40 Prozent. Wesentlich ist, daß die genannten Landkreise ein kompaktes Ganzes bilden und an Kosovo bzw. Albanien angrenzen. Eine Sezession aus dem makedonischen Staatsverband und der Anschluß an ein Großalbanien würden folglich durch die geographischen Gegebenheiten begünstigt.

Der anerkannte Führer der makedonischen Albaner, der Chef der Partei der Demokratischen Prosperität Nevzat Halili, wies zu Jahresbeginn 1992 das Ziel der Sezession weit von sich. Dennoch unternahmen die Albaner gerade zu dieser Zeit einen Schritt, der von vielen als die erste Stufe zur Sezession interpretiert wurde. Sie veranstalteten eine

15 Vgl. Duncan M. Perry, *The Republic of Macedonia and the Odds for Survival*, in: RFE/RL Research Report, 1 (1992) 46, S. 12–19; s. a. zu den hier angeführten Zahlen: *Jugoslovenski Pregled*, (1992) 1.

16 Vgl. H. Poulton (Anm. 12.), S. 25.

nicht genehmigte Volksabstimmung über eine territoriale und politische Autonomie in Westmakedonien. Wie immer bei derartigen Projekten entsprach das Ergebnis den Erwartungen: eine überwältigende Mehrheit stimmte für ein eigenes, autonomes Gebiet¹⁷. Nevzat Halili begründete die Volksabstimmung mit folgenden Worten: „Wir wollen damit der Welt zeigen, daß eine staatliche Anerkennung Makedoniens durch die Völkergemeinschaft verfrüht kommt, denn die Rechte unserer Minderheit werden in diesem Lande mit Füßen getreten.“¹⁸

Gerade in der äußerst sensitiven Frage der internationalen Anerkennung von den albanischen Mitbürgern im Stich gelassen zu werden, war für viele Makedonier schwer erträglich. Makedonische Politiker weisen deshalb darauf hin, daß die Albaner noch nicht die richtige Einstellung zum makedonischen Staat gefunden hätten. Sie hätten gegenüber diesem Staat kein Wir-Gefühl entwickelt und dokumentierten dies unentwegt. So zeigten sie demonstrativ Verachtung für legale Institutionen und Verwaltungskörperschaften, indem sie Parlamentssitzungen einfach verließen oder sich weigerten, Steuern sowie Gebühren für kommunale Dienstleistungen zu zahlen¹⁹.

Die Albaner wiederum klagen über ihre Diskriminierung. Sie beanspruchen den Status einer staatsbildenden Nation, den ihnen die makedonische Verfassung nicht zubilligt. So erwähnt die Präambel die „geschichtliche Tatsache, daß Makedonien als Nationalstaat des makedonischen Volkes konstituiert ist“²⁰. Den Albanern, Türken und anderen Minderheiten wird lediglich die vollständige bürgerliche Gleichheit und Koexistenz mit dem makedonischen Volk zugesichert. Die Albaner fühlen sich durch die Verfassung zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Die „Partei der Demokratischen Prosperität“ richtete eine Petition an die Vereinten Nationen und bat darum, die Aufnahme Makedoniens solange zurückzustellen, bis dieses Problem gelöst sei. Weitere Petitionen an die KSZE und die EG suchten Unterstützung für die Idee, den Albanern in Makedonien den Status einer staatstragenden Nation zu sichern²¹.

Ein anderer wesentlicher Konfliktpunkt ist die Sprache. Hierzu heißt es in Art. 7 der Verfassung, Amtssprache sei das Makedonische in seiner kyril-

lischen Schreibweise. Absatz 2 legt fest, daß in mehrheitlich von den Nationalitäten bewohnten Bezirken neben der makedonischen Sprache und der kyrillischen Schrift auch die Sprache dieser Minderheiten unter gesetzlich festgelegtem Verfahren im öffentlichen Gebrauch sei.

Mit dieser eher restriktiven Regelung wollen sich die Albaner nicht abfinden. Sie weisen darauf hin, daß es selbst in den westmakedonischen Bezirken mit hohem Albaneranteil, also etwa in Kumanovo, Kicevo, Struga und Tetovo, Unterricht in albanischer Sprache nur in der Grundschule gebe. Im Schuljahr 1989/90 weigerten sich albanische Studenten, ihre Diplome entgegenzunehmen, weil diese in makedonischer Sprache ausgestellt waren. Eine von 119 000 Albanern unterzeichnete Petition an das makedonische Parlament forderte die Einrichtung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen und einer Universität mit Albanisch als Unterrichtssprache. Dieser Gedanke, nämlich ein komplettes albanisches Erziehungs- und Unterrichtssystem einzurichten, stieß bei den zuständigen Stellen zunächst auf taube Ohren²².

Wie unterrepräsentiert die Albaner im Bildungswesen Makedoniens sind, belegen einige Zahlen: Kein einziger Albaner ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften Makedoniens. Von den 71 505 Oberschülern, die die höheren Schulen der Republik im Schuljahr 1989/90 besuchten, waren ganze 2 794 Albaner. Auf der Universitätsebene war das Verhältnis noch negativer. Von den 22 994 Studenten, die sich im Studienjahr 1991/92 eingeschrieben hatten, waren lediglich 386 ethnische Albaner. Die Vorlesungen und Übungen fanden ausschließlich in makedonischer Sprache statt²³.

Gegenwärtig diskutiert man im makedonischen Parlament über die Errichtung einer albanischen Fakultät an der Universität Skopje. Albanische Abgeordnete im makedonischen Parlament stellten die Forderung, Geburtsurkunden müßten in albanischer Sprache ausgestellt werden und jeder Albaner sollte vor Gericht das Recht haben, seine Muttersprache zu benutzen. Im Februar 1992 protestierte der Vorsitzende der „Partei der Demokratischen Prosperität“ Halili gegen die Benachteiligung der Albaner bei der Vergabe öffentlicher Ämter. So würden Spitzenpositionen in der Republik fast ausschließlich mit Makedoniern besetzt²⁴. Heute hört man Albaner klagen, anstelle der relativ bedeutungslosen fünf Ministerposten in der Regierung hätten die Albaner lieber fünf Spitzenpositionen in der Wirtschaft inne.

17 Vgl. Nova Makedonija vom 13./14. Januar 1992.

18 Die Tageszeitung (Berlin) vom 13. Januar 1992.

19 Vgl. Anton Parvanov, „Albanian Syndrome“ in the Republic of Macedonia, in: Krastjo Mancev u. a. (Hrsg.), National Problems in the Balkans, Sofia 1992, S. 140–158.

20 Verfassung der Republik Makedonien, Skopje 1992, S. 3.

21 Vgl. H. Poulton (Anm. 12), S. 24.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. ebd.

24 Vgl. Vjesnik vom 10. Februar 1992.

Im Juli dieses Jahres veröffentlichte die Zeitung „Nova Makedonija“ eine vierteilige Artikelfolge, die sich mit den Rechten der Albaner in Makedonien befaßte. Zitiert wurde eine Umfrage des „Zentrums für interethnische Beziehungen“, der zufolge sich die Albaner bedroht fühlen und als Bürger zweiter Klasse betrachten. Die Makedonier wiederum sehen die Albaner nicht nur als mindere ethnische Gruppe an, sondern auch als sozial zweitklassig. Die Ergebnisse früherer Umfragen, die das Vorhandensein erheblicher Vorurteile gegen die Albaner ergeben hatten, wurden nachdrücklich bestätigt. Auf die Frage: „Wie steht es ihrer Meinung nach bei uns mit den Rechten nationaler Minderheiten?“ antworteten 47 Prozent der ethnischen Makedonier, diese seien „zu groß“, während 49 Prozent sagten, sie seien angemessen. 91 Prozent der ethnischen Albaner hingegen sagten, diese Rechte seien zu gering. Makedonier (88 Prozent) wie Albaner (96 Prozent) waren sich darüber einig, daß die zwischennationalen Beziehungen in der Republik zum Zweck politischer Propaganda mißbraucht würden. Auf die Frage, ob sie den Worten der politischen Führer der jeweils anderen Nationalitäten mißtrauten, antworteten 62 Prozent der Makedonier und 67 Prozent der Albaner mit „ja“²⁵.

Die Makedonier betrachten die Forderungen der Albaner nach Gleichstellung im Bereich von Politik, Kultur und Bildung auch deshalb mit besonderem Mißtrauen, weil sie unterschwellig von einer Art Verdrängungsangst geplagt werden. Die Albaner haben die höchste Geburtenrate in Europa, und demographische Hochrechnungen besagen, daß sie innerhalb von drei oder vier Jahrzehnten durchaus die Mehrheit in Makedonien sein könnten. Hinzu kommt, daß sich die Albaner in ihrem Lebensstil, ihrer Religion und Kultur kraß von den Makedoniern unterscheiden. Eine Verschmelzung etwa durch Mischehen ist von beiden Seiten nicht erwünscht²⁶.

Generell läßt sich feststellen, daß Makedonien zwar ein multinationaler Staat ist, daß diese Tatsache jedoch besonders von den Anhängern der IMRO-DPMNE nur zögernd oder gar nicht akzeptiert wird. Da sich diese Partei derzeit in der Opposition befindet, wirkt das auf ihre makedonisch-nationalistische Agitation eher beflügelnd. Die größte und bei weitem stärkste Partei der Albaner ist in die Regierungsverantwortung eingebunden, kann jedoch kaum Erfolge für die „albanische Sache“ vorweisen. Es zeichnet sich deutlich ab, daß die Loyalität dieser Partei nicht dem makedonischen Staat, sondern der „albanischen Sache“ gilt.

Die Kontakte zu Albanien und zum inoffiziellen Präsidenten von Kosovo Ibrahim Rugova sind sehr eng. Ein koordiniertes politisches Handeln der Albaner im Mutterland und in der Diaspora ist das offenkundige Ziel. Aus dieser engen Verbindung resultieren naturgemäß Gefahren für den inneren Zusammenhalt des makedonischen Staats.

IV. Die wirtschaftliche Situation

Im November vergangenen Jahres schrieb der makedonische Präsident Kiro Gligorov einen offenen Brief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros Ghali. Darin hieß es u. a., die Haupt handelswege Makedoniens seien vollständig blockiert. Von Norden wegen des durch den Sicherheitsrat verhängten Embargos gegen das neue Jugoslawien, von Süden wegen der willkürlich von Griechenland verhängten Wirtschaftsblockade. Die wenigen Straßen nach Westen und Osten seien inadäquat und unterentwickelt, im Winter sogar unbrauchbar. Gligorov appellierte an die Vereinten Nationen, sie möchten Druck auf Griechenland ausüben, damit Athen die Wirtschaftsblockade gegen Makedonien beendet. Makedonien, das keinerlei Zugang zum Meer habe, sei auf die Nutzung des griechischen Hafens Thessaloniki dringend angewiesen²⁷.

Wie Eberhard Rondholz nachweist, ist der Hafen Thessaloniki entgegen anderslautenden Meldungen und Statements mit Abstand der wichtigste Umschlagplatz für alle Importe und Exporte der Republik Makedonien. Seit 1990 sei der makedonische Warenumschlag in diesem Hafen um fast 75 Prozent gestiegen. Im zweiten Halbjahr 1992 exportierte die Republik Makedonien via Thessaloniki u. a. 133 950 t Stahlbleche, 14 160 t Holz und 54 478 t Erze (Zinkblende, Blei etc.). Importiert wurden via Thessaloniki neben Erdöl vor allem Phosphate aus Israel sowie Kohle und Eisenerz²⁸.

Zu Beginn dieses Jahres erklärte Premierminister Branko Crvenkovski: „Die Wirtschaftsblockade von Norden und Süden, die man uns aufgezwungen hat, bedeutet einen schweren Schlag für die Wirtschaft und die Bürger. Allein durch die Sanktionen der UN-Resolution 577 erlitt die makedonische Wirtschaft einen Schaden von 1,3 Milliarden Dollar. Die durch das griechische Embargo hervorgerufenen Schäden betragen eine weitere Milliarde Dollar.“²⁹

25 Nova Makedonija, 19. Juli 1993.

26 D. M. Perry (Anm. 15), S. 17.

27 Vgl. Borba vom 20. November 1992.

28 Vgl. E. Rondholz (Anm. 1).

29 Ekonomiska Politika vom 25. Januar 1993.

Diese Aussage wird nicht nur durch die obigen Angaben über den Hafen Thessaloniki als Umschlagplatz makedonischer Im- und Exporte erschüttert. Auch die Wirtschaftsblockade gegen das neue Jugoslawien wurde von makedonischer Seite – aus verständlichen Gründen – eher lax gehandhabt, wie zahlreiche Pressemeldungen bestätigten. Dieser Trend dauert an. Nach Angaben aus Washington kommen aus Makedonien wöchentlich bis zu 3000 Lastwagen und 15 Eisenbahnzüge nach Serbien³⁰. Offizielle Vertreter Makedoniens versichern zwar stets, Makedonien unterstütze die UN-Blockade gegen Serbien und schirme seine nördliche Grenze gegen den unerlaubten Warenverkehr ab. Inoffiziell ist aber zu erfahren, daß Makedonien die Blockade brechen muß, um selbst wirtschaftlich zu überleben. Makedonien ist die Drehscheibe für die illegalen Treibstoffimporte des „neuen Jugoslawien“ aus Griechenland. Gerüchteweise verlautete, daß die makedonischen Zöllner 50 Prozent des Warenwerts als „Zoll“ kassierten.

Es ist einleuchtend, daß die Behinderung des Handels trotz erfolgreicher Umgehungsversuche negative Auswirkungen hat, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, daß Makedoniens wirtschaftliche Leistungskraft selbst unter den Bedingungen intakter Güterströme eher bescheiden war. Im alten Jugoslawien zählte die Republik neben Montenegro und Kosovo zu den ärmsten Landesteilen. 1990 erwirtschaftete sie weniger als sechs Prozent des gesamtjugoslawischen Sozialprodukts, während sie neun Prozent der Bevölkerung und zehn Prozent des Territoriums ausmachte³¹.

Die auf die Hauptstadt Skopje konzentrierte Industrie hatte 1991 einen Anteil von 41 Prozent am makedonischen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es folgte die Landwirtschaft mit 25 Prozent des BIP. Tourismus und Transport sind weitere Wirtschaftszweige. Metallverarbeitung, Maschinenbau, Chemie, Textil- und Tabakerzeugung finden vorwiegend in relativ kleinen Betrieben statt, die oft auf den lokalen Markt konzentriert sind. Kein makedonisches Industrieunternehmen konnte internationale Bedeutung erlangen. Die Stahlindustrie steht vor dem Zusammenbruch, weil sie mit dem früheren Jugoslawien 75 Prozent ihres Marktes eingebüßt hat. Zudem sind 50 Prozent der 9000 Beschäftigten in dieser Branche dem „technologischen Überschuß“ zuzurechnen³².

Die generellen Rahmenbedingungen für die makedonische Wirtschaft sind wenig günstig: Veraltete

Produktionsverfahren und ein völlig unterentwickelter Dienstleistungssektor werden noch längere Zeit ein Hemmnis für das angestrebte Wirtschaftswachstum sein³³. Die makedonische Industrie ist weder modern noch konkurrenzfähig. Die Landwirtschaft wird von einer Monokultur – dem Tabakanbau – beherrscht. Der makedonische Tabak ist aber besonders teerreich und hat keinerlei Absatzchancen in der EG, wo es auf diesem Sektor ohnehin ein Überangebot gibt. Generell ist der Boden durch Raubbau und Erosion ausgelaugt, so daß erhebliche Investitionen zu seiner Verbesserung notwendig wären. Die hierzu erforderlichen Mittel stehen aber nicht zur Verfügung³⁴.

Die Devisenreserven zur Deckung des neugeschaffenen Denar sind äußerst bescheiden. Sie betragen zu Beginn dieses Jahres 59 Mio. US-Dollar, eine eher symbolische Summe in diesem Kontext. Mitte Mai 1993 wurde die makedonische Währung im Verhältnis zur DM abgewertet. Der offizielle Kurs von 8,03 Denar für eine DM wurde auf 12,94 erhöht, um eine Anpassung an den Schwarzmarktkurs zu erreichen³⁵.

1990 lagen die Überweisungen der makedonischen Gastarbeiter noch bei 168 Mio. US-Dollar, 1992 sanken sie wegen der unsicheren politischen Lage auf 8,6 Mio. Dennoch ist der Beitrag der Gastarbeiter zur Aufrechterhaltung des in aller Regel bescheidenen Lebensstandards erheblich. Viele Familien wären ohne die jetzt auf inoffiziellen Wegen übermittelten Geldbeträge von den Verwandten in Westeuropa verloren. Man kann sogar sagen, daß die makedonische Bevölkerung nur durch die Geldspritzen der Gastarbeiter ihren halbwegs erträglichen Lebensstandard wahrte. Äußerst optimistische Schätzungen gehen davon aus, daß sich insgesamt eine Mrd. US-Dollar in den Händen der Bevölkerung befindet³⁶.

Das Jahr 1992 war alles andere als erfolgreich für Makedonien. Das Bruttoinlandsprodukt fiel um 15 Prozent, die Investitionen sanken um 24, während die Löhne real um 34 Prozent zurückgingen. Im ersten Quartal 1993 lag die monatliche Inflationsrate bei 25 Prozent, während die Arbeitslosenrate 20 Prozent betrug. Dennoch war die Situation verglichen mit dem neuen Jugoslawien gut. Der monatliche Durchschnittsverdienst lag in Makedonien bei 100 DM, während er in Serbien und Montenegro nur 30 bzw. 20 DM ausmachte³⁷.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. James Pattifer, Die neue Makedonienfrage, in: Europäische Rundschau, 20 (1992) 4, S. 49.

35 Vgl. Nova Makedonija vom 17. Mai 1993.

36 Vgl. Ekonomska Politika vom 25. Januar 1993.

37 Vgl. Nova Makedonija, 18. April 1993.

30 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29. Juli 1993.

31 Vgl. Informationsdienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Juli 1992, S. 25.

32 Vgl. H. Poulton (Anm. 12), S. 28.

Gegenwärtig ist Makedonien aus verständlichen Gründen nicht in der Lage, seine fälligen Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland in Höhe von 288 Mio. US-Dollar zu begleichen. Diese Schwierigkeiten sollen durch ein „stand-by“-Arrangement und durch Umschuldung geregelt werden. Die direkten Auslandsschulden Makedoniens liegen bei 1,2 Mrd. US-Dollar. Hinzu kommt der Anteil an den jugoslawischen Auslandsschulden.

Von der EG erhielt Makedonien bisher Finanzhilfe in Höhe von 100 Mio. ECU (124 Mio. US-Dollar), was im Lichte der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Republik nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Die Aufnahme in die Vereinten Nationen sichert Makedonien den langerhofften Zugang zu den internationalen Finanzmärkten. Nachdem die Republik bereits im Dezember 1992 in die „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ aufgenommen wurde, besuchten in diesem Jahr Delegationen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds die Hauptstadt Skopje. Die Aufnahme in diese beiden Institutionen dürfte in Kürze erfolgen.

V. Die internationale Position

Die Aufnahme in die Vereinten Nationen im April 1993 bedeutete für Makedonien den Durchbruch auf der internationalen Bühne. Zwar steht die Anerkennung durch die Europäische Gemeinschaft wegen des griechischen Widerstands noch immer aus, aber dieses Hindernis dürfte in absehbarer Zeit überwunden werden. Dänemark ist der erste EG-Staat, der Makedonien diplomatisch anerkannt hat (am 14. April 1993). Das neutrale Österreich eröffnet ein Konsulat in Skopje³⁸.

Die griechische Politik der allseitigen internationalen Blockierung Makedoniens hatte lediglich begrenzten Erfolg. Sie konnte nicht verhindern, daß – neben Dänemark – folgende Länder die Republik Makedonien anerkannten: Türkei, Rußland, Bulgarien, Weißrußland, Litauen, die Philippinen, die Türkische Republik Nordzyprien, Kroatien und Slowenien.

Die Motive für die griechische Blockade-Politik liegen nicht etwa in der Furcht vor expansionistischen Bestrebungen des kleinen Makedoniens mit seinen zwei Mio. Einwohnern. Es ist die Furcht vor dem Erzfeind Türkei, der verdächtigt wird, die muslimische Umzingelung Griechenlands zu be-

treiben. Nachdem die Türkei mit dem überwiegend muslimischen Albanien ein Wirtschaftsabkommen und ein Abkommen über militärische Kooperation geschlossen hat, fürchtet man jetzt den „islamischen Bogen“, der von Istanbul bis Sarajevo reichen würde. Makedonien mit seiner beträchtlichen albanischen Minderheit, die in ihrer großen Mehrheit islamischen Glaubens ist, wäre Teil dieses Bogens, aus griechischer Sicht ein „Bauer auf dem türkischen Schachbrett“³⁹.

Die Sicherheitslage Makedoniens hat sich durch die kürzlich erfolgte Entsendung von 300 amerikanischen UN-Soldaten entscheidend gebessert. Während die zuvor entsandten 700 UN-Blauhelme kaum einen Schutz darstellten, wie das Beispiel Bosnien-Herzegowina zeigt, ist die amerikanische Präsenz eine recht gute Gewähr, daß Serbien eventuelle Expansionspläne in Richtung Makedonien fallenläßt.

General Dragoljub Bocinov, Oberbefehlshaber der kleinen makedonischen Armee von 10000 Mann, schätzt die Sicherheit der makedonischen Grenzen wie folgt ein⁴⁰: Die Grenze zu Albanien wird zwar oft illegal überschritten, doch handelt es sich hier um Wirtschaftsflüchtlinge aus dem Nachbarland, die die 30 DM Gebühr für den legalen Grenzübertritt nicht bezahlen können. Die Zusammenarbeit mit den albanischen Grenzbehörden wurde kürzlich durch Abschluß einer Konvention verbessert. Eine Gefahr für die makedonische Sicherheit besteht an dieser Grenze nicht.

An der Grenze zu Griechenland finden nach Angaben Bocinovs immer wieder Provokationen statt. Griechische Phantom-Flugzeuge verletzen immer wieder den makedonischen Luftraum und dringen bis zu fünf Kilometer tief ein. Ansonsten aber ist auch diese Grenze sicher.

An der Grenze zu Bulgarien gibt es nicht die geringsten Probleme, während die Grenze zu Serbien als neuralgischer Punkt gilt. Hier kommt es immer wieder vor, daß serbische Truppen auf makedonisches Gebiet vordringen und die UN-Blauhelme mit dem Argument von dort vertreiben, sie befänden sich auf serbischem Gebiet. Eine schwedische Patrouille wurde von den Serben gefangengenommen, und es bedurfte großer diplomatischer Anstrengungen, sie freizubekommen. Das Problem besteht darin, daß Makedonien und Serbien höchst unterschiedliche Vorstellungen vom Verlauf der gemeinsamen Grenze haben. Nach den Worten des makedonischen Generals könnten sich hieraus schwerwiegende Zwischenfälle entwickeln.

39 Vgl. Nova Makedonija vom 11. Februar 1993.

40 Vgl. Slobodna Dalmacija vom 20. Juli 1993.

38 Vgl. Nova Makedonija vom 18. Juli 1993.

Die äußere Bedrohung Makedoniens durch die „vier Wölfe“ – seine unmittelbaren Nachbarn – scheint in naher Zukunft eher gering zu sein. Dennoch gibt es ein Schreckensszenario für den jüngsten Staat Europas: Sollte es in dem zu 90 Prozent von Albanern bewohnten Kosovo zu bewaffneten Konflikten kommen, dann würde

das Mutterland Albanien dem nicht tatenlos zusehen, und mehr oder weniger automatisch würden auch die Albaner Makedoniens in den Strudel der Ereignisse gerissen. Folglich könnte die größte Gefahr für die Sicherheit Makedoniens von dem Krisenherd Kosovo ausgehen.

Das ehemalige Jugoslawien



© Globus

Menschenrechtstragödien in Bosnien-Herzegowina

I. Schwierigkeiten der Berichterstattung

Über die Lage der Menschenrechte in Bosnien und in der Herzegowina zu schreiben, ist nicht leicht, weil die Informationslage schwierig ist. Sie ist auch für denjenigen nicht einfach, der sich nicht nur auf die geschriebene und gesendete Berichterstattung verläßt, sondern selbst mehrmals vor Ort war und sich aus eigenem Augenschein ein Bild hat machen können. Der Hinweis auf die verworrene Lage, die durch mehrere Kriege oder kriegsähnliche Auseinandersetzungen gekennzeichnet ist, ist deshalb nötig, weil diese nur schwer zu überschauende Szenerie des Kriegsgebietes Bosnien-Herzegowina ihre Schatten auch auf die Menschen in ihren unterschiedlichen „conditions humaines“ wirft. Das Nebeneinander von Menschen, die den verfeindeten ethnischen Gruppen angehören, ist noch kein Miteinander. Denn zwischen den serbischen Milizen und der bosnischen Armee, zwischen der serbischen Armee und der kroatischen Miliz (HVO), zwischen der HVO Kroatiens und den Bosnischen Verbänden gibt es auch noch eine Propaganda-Kriegsfront. Alle ethnischen Gruppen in diesem Krieg werden von ihrer Seite einseitig informiert. Keine Seite hat in den letzten zwölf Monaten die Fähigkeit zur Selbstkritik, zu irgendeinem Bedauern, geschweige denn ein Wort der Bitte um Vergebung geäußert.

Als ich im Juli/August 1992 Mostar und Posusje, Siroki Brijeh und den Wallfahrtsort Medugorie besuchte und mich herumfahren ließ, einmal von den Kroaten, dann von den Muslimen, wollte ich etwas herausbekommen über ein gräßlich hinterhältiges Massaker: muslimische Bosniaken, wohl ein Teil der bosnischen Armee (oder auch Angehörige einer bewaffneten Miliz), hatten aus der Stadt Gorazde abziehende serbische Flüchtlinge während der Flucht in einer Schlucht regelrecht zusammengeschossen. In den Berichten der internationalen Presse war die Rede von über 100 Toten.

Ich erfuhr in Mostar, daß es ganz unmöglich sei, zum Ort des Geschehens nach Gorazde zu gelangen. Also versuchte ich, wenigstens die Freunde vom bosnischen „Roten Halbmond“, Mirza Hadiomerovic und Kimeta Dilberovic, zu befragen,

die ich seit einigen Monaten kannte. Beide waren die auskunftsfähigsten Personen für mich in Mostar, doch jedes Mal, wenn ich um der erschlagenen Menschen willen als Mitarbeiter einer deutschen humanitären Organisation von Kollegen einer bosnischen humanitären Organisation etwas zu diesem schrecklichen Massaker an den Serben erfahren wollte, gab es geschickt eingefädelt Schweigen oder schnell ein anderes Thema.

Als ich am 8. Mai 1993 in Köln im Büro des Deutschlandfunks mit dem Provinzial der bosnischen Franziskaner, Pater Petar Anđelović, über die furchtbaren Massaker sprechen wollte und über die ethnische Säuberung, die nun – sichtbar für alle Welt – nachträglich auch die kroatische Seite begeht, da sagte der Franziskaner, der betonte, daß er in solchen Grenzsituationen natürlich sein Volk verteidigen müsse: „Die Muslime in Zenica haben es geschickter angestellt!“ Die Kroaten seien dort reihenweise ins Gefängnis gekommen und einige in einen Bergwerksstollen getrieben worden.

Um noch eine weitere Schwierigkeit in der Berichterstattung zu benennen, sei auf ein Radio-Feature des alten jugoslawischen Diplomaten und Schriftstellers Ivan Ivanji hingewiesen: „Grenzfälle: Die bosnische Tragödie. Hintergründe für Angst und Haß im ehemaligen Jugoslawien“, das der Westdeutsche Rundfunk in seinem dritten Programm am 20. Mai 1993 gesendet hat. Es wird darin aus dem fünften Menschenrechtsbericht der Vereinigten Staaten zitiert. Diese Sendung wurde im Deutschlandfunk am 6. Juli 1993 wiederholt.

Ein 33jähriger muslimischer Arzt aus Prijedor berichtete über das von Serben eingerichtete Lager in Trnopolje: „Serbische Soldaten streiften bei Nacht durch das Lager, die männlichen Gefangenen schlugen sie brutal, die weiblichen vergewaltigten sie. Das geschah mit Wissen und Erlaubnis der an mehreren Stellen stationierten Lagerwärter.“ Aus demselben Bericht zitiert der Autor Ivan Ivanji die Aussage einer 36jährigen Ärztin aus Capljina über das von kroatischen Schwarzhemden (HOS) betriebene Internierungslager Dretelj: „Alle Männer wurden bei meiner Ankunft und in allen nachfolgenden Verhören brutal mißhandelt. Mit Fäusten, Gummiknüppeln, Holzlatten und Gewehrkolben wurde auf sie eingeschlagen. Sie wurden mit Messern zerschnitten und auf jede erdenkliche Art er-

niedrigt. Mir wurden Nadeln unter meine Nägel getrieben, man schnitt mir mit einem Dolch in Gesicht und Brüste. Die Behandlung der Frauen war nicht weniger inhuman als die der Männer. Im Gegenteil, mehrere Frauen wurden vergewaltigt, sogar sehr alte.“

Das Szenario, das der Autor der WDR-Sendung hier aufbaute, führt ebenfalls in die Irre, denn es setzt etwas gleich, was nicht gleichzusetzen ist, nämlich die Politik Serbiens und Rest-Jugoslawiens auf der einen Seite und die kroatische, slowenische oder bosnische auf der anderen. Selten einmal ist eine Menschenrechtskatastrophe in solche politischen Exkulpierungsdramen verwickelt gewesen wie die in Bosnien. Die Politik der ethnischen Säuberungen – im Grunde eine deutliche und klare Variante der Apartheid-Politik – wurde von der Regierung Rest-Jugoslawiens und Serbiens aber immer wieder als ihre offizielle Politik betrieben. Erst nachträglich versuchte man, die Folgen und Konsequenzen dieser grausamen Politik durch eine neue Propagandaversion abzumildern. So erklärte der Serbenführer Radovan Karadzic in einem Gespräch mit dem Spiegel (vom 25. Januar 1993), die Muslime seien alle freiwillig gegangen, sie hätten gern weggehen wollen, niemand sei wirklich vertrieben worden.

II. Offizielle serbische Vertreibungspolitik

Die serbische Seite führte diese Säuberung, die Vertreibung und den Aufbau von Internierungslagern als ihre offizielle staatliche Politik durch; und zwar nicht nur in Bosnien, sondern auch im Sandshak, wo die Muslime in der Mehrzahl waren, und im Kosovo, wo 90 Prozent der Bevölkerung Albaner sind, sowie in der Voivodina, in der es früher eine große ungarische und kroatische Minderheit gab, die aber jetzt ebenfalls aus dem Lande geekelt wird.

Die kroatische Politik hingegen hat zwar mit geschickten Methoden ebenfalls eine ethnische Vertreibung begünstigt, sie aber bis zu den furchtbaren Ereignissen von Gornij Vakuuf im Januar 1993 und bis Mostar und Asnici (ein Dorf, in dem über 100 muslimische Bosnier erdrosselt wurden) nie mit einer annähernd brutalen, faschistischen Totalität durchgeführt.

Einer der qualitativen Unterschiede zwischen kroatischer und serbischer Politik lag in der unterschiedlichen Flexibilität der Reaktionen. Die Regierung Kroatiens war in der Regel durch diploma-

tischen Druck und gutes Zureden beeinflussbar. Der intransigente und unbewegliche Staatschef Franjo Tudjman schreckte vor der letzten Konsequenz, nämlich sich mit Milosević über eine klare Aufteilung Bosniens zu einigen, durch die Interventionen des deutschen und des US-amerikanischen Geschäftsträgers in Zagreb immer wieder zurück.

Die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den muslimischen Bosniern waren deshalb von solch erschütternder Traurigkeit, weil sie von Anfang an in klarer Absicht geplant waren. Ich habe die von Serben-Milizen vertriebenen Flüchtlinge, zumeist Frauen und Kinder, dann und wann auch einmal ein älterer Mann, schon im Juli/August 1992 in Posusje und in Mostar getroffen. Uns wurde damals schon spontan von den Menschenrechtsverletzungen berichtet, die kurze Zeit später der Sonderbeauftragte und UNO-Beobachter, der Pole Tadeusz Mazowiecki, mit seiner Sonderkommission in immer neuen Berichten zweifelsfrei dokumentierte.

Um den Terminus „die Serben“ zu vermeiden, bürgerte sich das Wort „die Tschetniks“ ein. Mazowiecki hatte als UNO-Beauftragter den Mut, das, was er selbst erlebte, bei seinen Reisen nicht in einem ausgewogenen Bericht „verdampfen“ zu lassen, sondern zu bewerten: Das Niveau, auf dem sich in Bosnien Menschen verschiedener Ethnien begegnen, ist bestimmt durch menschenverachtende und mörderische Gewalt von seiten der serbischen Milizen.

Die erste große Welle der Vertreibungen, der Errichtung von Zwangslagern, der Massenerschießungen von Männern und der Massengewaltigung von Frauen fand schon bald nach Kriegsbeginn (im Juni/Juli 1992) statt und war auch in dem Korridor lokalisierbar, den die bosnisch-serbische Seite seit Kriegsbeginn sich freischießen und freibomben wollte und in dem sie – wie im Kosovo – auch nicht einem Mitbewohner der kroatischen oder muslimischen Seite die Chance zur Assimilierung lassen wollte. Es galt im Kosovo das Prinzip der alten Römer gegenüber den Christen: „Non licet vos esse“ („Ihr sollt eigentlich gar nicht sein.“).

Die Flüchtlingsströme, die, meist ohne Männer, gen Süden, aber damals auch noch gen Norden über die Save flohen, kamen aus Doboï, aus Koza-rec, aus Foca, aber auch damals schon aus Sarajewo. Solange der Save-Brückenkopf bei Bosanski Brod oder auf der kroatischen Seite Slavonski Brod noch von der kroatischen und bosnischen Seite gehalten wurde, gab es für große Flüchtlingstrecken neben dem Ausweg nach Süden (via Travnik nach Posusje und weiter, wenn mög-

lich, über die kroatische Grenze nach Split) noch den nach Norden über die Brücke bei Bosanski nach Slavonski Brod. Dem aber machte die kroatische Seite durch die gezielte Sprengung der Brücke nach dem Rückzug ihrer Armee über den Fluß auf die kroatische Seite ein abruptes Ende.

Es scheint sich damals um einen Deal zwischen der kroatischen und der serbischen Regierung gehandelt zu haben (also offiziell der Regierung von Rest-Jugoslawien). In der Nähe Dubrovniks wurde von der ex-jugoslawischen bzw. serbischen Armee eine Inselgruppe geräumt. Als Gegenleistung bot Tudjman der serbischen Seite die Räumung des Brückenkopfes Bosanski Brod an, wo auch für einen geordneten Rückzug „nur“ sieben Kroaten umkamen, die Brücke nicht aus Versehen, sondern gezielt mit Granaten beschossen wurde, auch um den Strom der damals schon ungeliebten bosnisch-muslimischen Flüchtlinge in Richtung auf das kroatische Slawonien zu bremsen. Damit konnte die serbische Seite ihren Korridor und ihren eigenen De-facto-Staat im Norden Bosniens – mit der heimlichen Hauptstadt Banja Luka – vervollständigen.

Ich will noch einen unverdächtigen Zeugen für meine These zitieren, daß im ersten Jahr des Krieges die Politik der verbrannten Erde und der Massenvertreibung, der Masseninternierung von bosnischen Männern und der Massenvergewaltigung bosnischer Frauen eine serbische Politik war, die von Belgrad nicht widerstrebend oder gar mit Abscheu beobachtet wurde, sondern die bewußt gewollt war. Diese Politik traf hauptsächlich die muslimischen Bosnier, die im Gegensatz zu Serben und Kroaten keinen Staat im Rücken hatten. Die Kriegsschuldfrage für den Bosnien-Krieg hat Milovan Djilas beantwortet. Als falsch wies Djilas jüngst bei einem Pressegespräch mit Gustav Chalupa im „Tagesspiegel“ vom 11. Mai 1993 die „heuchlerische Rechtfertigung für die Schuld am blutigen Krieg“ zurück, der angeblich mit der „vorzeitigen Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas ausgelöst“ worden sei: „Die Hauptschuld schreibt er vielmehr Serbien zu, das sich auf die ‚jugoslawische Volksarmee gestützt hat‘, während die anderen Volksgruppen über keine Armeen verfügen. Nicht daß Djilas die Verantwortung der Nationalisten auf den Seiten der Kroaten, Slowenen und Moslems außer acht läßt, aber als zweiten Hauptschuldigen am Krieg betrachtet er die Jugoslawische Volksarmee... „Die Jugoslawische Volksarmee hat sich schnell in eine jugoslawisch-kommunistische und in eine serbische gespalten. Die Generäle, die schon damals an der Spitze standen, stehen jetzt wieder an der Spitze der serbischen Armee.“ „Die Europäische Gemeinschaft, allen voran Deutschland, und dann

auch die USA haben bis zuletzt versucht, Jugoslawien zu erhalten“, erklärt Djilas und verweist auf die enorme Finanz- und Wirtschaftshilfe, die der ehemalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher im Namen Brüssels den Belgrader Machthabern überbrachte und damit das System stabilisierte.

III. Das Ende Bosnien-Herzegowinas

In der Zwischenzeit hat sich die territorial-faktische Situation, möglicherweise auch schon die völkerrechtliche und territorialrechtliche Situation auf dem Gebiet, das die früheren Menschenrechts- und UNO-Berichte noch Bosnien-Herzegowina nannten, qualitativ stark verändert. Bosnien-Herzegowina gibt es nicht mehr. Nachdem die Internationale Gemeinschaft auf der Genfer Konferenz im Juni 1993, dann wieder auf der Konferenz der EG-Staatschefs und Außenminister in Kopenhagen vom 20. Juni 1993 den über Monate, ja ein ganzes halbes Jahr mitgeschleppten Vance-Owen-Plan über die zehn Kantone fallengelassen haben und sich pragmatisch und ohne Rücksicht auf die menschenrechtlichen Folgen eines solchen Beschlusses de facto auf eine Teilung des Landes unter Respekt und Anerkennung der bisherigen gewaltsamen Grenzveränderungen einließen, darf man das geschichtliche Ende der territorialrechtlichen und historischen Einheit Bosnien-Herzegowinas feststellen. Was das für die bisherigen Bewohner dieses Landes bedeuten wird, ist noch nicht ausgemacht. Zunächst kann man festhalten, daß sich die Praxis der Vertreibungen und des Ausweitens des militärisch beherrschten Geländes im gesamten Bosnien-Herzegowina durchsetzte.

Die Phase der Vertreibungen und Eroberungen der Kroaten gegen die Muslime begann im Januar 1993 in Gornij Vakuf, einem Ort (in Zentralbosnien), der vom Vance-Owen-Plan einem kroatischen Kanton zugeschrieben war – was die sogenannte kroatische Regierung von Herceg Bosna als internationale Ratifikation einer Vertreibung der Muslime aus dieser Stadt wertete. Monate später, am 8. Juni 1993, entschied sich die bosnische Armee in Travnik, den bosnisch-muslimischen Charakter der Stadt zu erhalten, indem man die Kroaten vertrieb. Währenddessen gingen die serbischen Eroberungszüge, die oft geradezu Vernichtungsoperationen waren, im Gebiet Ost-Bosniens weiter. Das Kriegspräsidium der Gemeinde Srebrenica telegrafierte am 6. Juni 1993 an das Staatspräsidium von Bosnien-Herzegowina und an die UNO-Streitkräfte im ehemaligen Jugoslawien

(UNPROFOR) über die „aktuelle Lage“ in Srebrenica wie folgt: „Das Drama von Srebrenica setzt sich fort. Neben dem Mangel an Strom, Wasser, Medikamenten und Lebensmitteln sowie den andauernden Aktivitäten von Heckenschützen steht Srebrenica seit gestern, als Schutzzone der UNO, unter Granatenbeschuss der Tschetniks. Am 5. Juni 93 von 21.45 bis 22.30 Uhr wurde das Dorf Pusulici von der Tschetnikstellung Bukova Glava bombardiert, wobei drei Personen schwer und zwei Kinder im Alter bis 14 Jahre leicht verletzt wurden. Am 6. Juni 1993 um 8 Uhr wurde das Dorf Slatina im westlichen Teil der demilitarisierten Schutzzone von Srebrenica von der Tschetnikstellung Rogac unter Feuer genommen. Am 6. Juni 1993 wurde das Gebiet Bajamovici – das einige Kilometer von der Stadt Srebrenica entfernt ist – angegriffen. Zur Zeit sind die genauen Angaben über die Zahl der Toten und Verwundeten nicht bekannt. Dies weist darauf hin, daß die serbischen Verbände keine Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates respektieren. Wir fordern UNO-Sicherheitsrat und UNPROFOR auf, sofortige Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens über die Demilitarisierung von Srebrenica zu ergreifen sowie zur Durchsetzung der Resolutionen 819 und 824 zum Schutz von 50 000 Einwohnern von Srebrenica. Bosnische Militärs der Armee Bosniens und Herzegowinas haben in Srebrenica ihre Waffen und Ausrüstung dem UNPROFOR übergeben, deshalb fordern wir von UNPROFOR Schutzmaßnahmen. Ist die UNO nicht in der Lage, uns zu schützen, so soll sich die UNO öffentlich dazu bekennen und uns unsere Waffen zurückgeben. Denn wenn wir sterben müssen, dann nicht als Feiglinge.“

IV. Höhepunkte der Vertreibung von bosnischen Muslimen durch Kroaten

Die Bewegungen der kroatischen Militärs der HVO in Süd-Bosnien, zumal in den Kantonen, die der Vance-Owen-Plan den Kroaten zugewiesen hatte, gingen im März und April heftig weiter. Es kam zu schweren Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung im Raum Vitez, Zenica und in dem winzigen Dorf Ahnici, das damit einen traurigen „Welt-ruhm“ erreichte: 180 ermordete muslimische Bosnier zählte der Untersuchungsbericht der UNO-Menschenrechtskommission unter Leitung von Mazowiecki auf. Der Kommission wurde nach großen Schwierigkeiten der Zugang zu dem Ort des Geschehens erlaubt. Sie stellte zweifelsfrei fest: Kroatische Einheiten der HVO, die sich zum Teil

die schwarzen Uniformen der Post-Ustascha Bewegung HOS angezogen hatten, waren brandschatzend und mordend durch dieses Dorf gezogen, das – wie der UN-Bericht festhält – keinerlei militärische oder strategische Bedeutung hatte.

Diese Maskerade der HVO-Kämpfer hat mit einer gerissenen Taktik des Führers der (bis Juni 1993 sogenannten) „Regierung“ von Herceg Bosna Mate Boban, zu tun, der dieses Verbrechen seiner Konkurrenz – der faschistischen HOS – in die Schuhe schieben wollte. HOS heißt die militärische Formation der kroatischen Rechtspartei, die in Kroatien formal verboten ist, allerdings in Herceg Bosna noch überall auftaucht. Wie uns bei einem neuerlichen Besuch vor Ort am 13. Juni 1993 ein Führer der kroatischen Rechtspartei versicherte, hat die Partei überhaupt keinen wirklich formierten militärischen Zweig mehr, weil sie sich das finanziell etwa seit Februar 1993 gar nicht mehr leisten kann.

Noch vor dem Massaker in Ahnici fand auch die Enthauptung der HOS in Mostar statt, nachdem diese bei der Befreiung Mostars von den serbischen Tschetnik-Einheiten eine wichtige Rolle gespielt hatte. Am 9. August 1992 ereignete sich ein schweres Attentat auf der Straße, die von Mostar im Neretva Tal hinaus auf die Berge nach Medugorie führt. Auf der Höhe von Krusevo, einem kleinen Ort, der durch die Kämpfe fast völlig zerstört worden war, ermordete eine Bande, die von Mate Boban und seiner Führung angeheuert worden war, aus dem Hinterhalt die gesamte Spitze der HOS von Mostar, darunter den entscheidenden Kopf dieser Bewegung, Blaz Kraljevic.

Am 13. Juni 1993 wurde in Krusevo in einer feierlichen Zeremonie und mit einer katholischen Messe ein großer Gedenkstein enthüllt, der die Namen der damals ermordeten HOS-Kämpfer angibt. Neben Blaz Kraljevic waren dies Mario Medic, Sahdo Delic, Vinke Primorac, Ivan Granic, Osman Maksic, Marko Stjepanovic, Gordon Culjak und Rasim Krasnici. Unter diesen neun ermordeten Kämpfern sind, wie man schon den Vornamen entnehmen kann, drei Muslime.

Ein allerletzter Versuch, die Situation in den drei Kantonen Mostar, Zenica und Travnik und die muslimisch-kroatische Waffenbrüderschaft zu retten, wurde am 18. Mai 1993 unternommen. In der katholischen Hochburg in Medugorie trafen sich die Chefs von Kroatien und von Bosnien-Herzegowina, Tudjman und Izetbegovic, die Unterführer der beiden, Sefer Halilovic und Mate Boban, und die UN- und EG-Vermittler Owen und Stoltenberg, um die Machtpositionen in den drei Kantonen festzulegen. Im Lichte der Ereignisse nach dem 18. Mai 1993 darf man zu Recht sagen, daß

diese Konferenz – vielleicht mehr noch als die vorangegangenen – nur noch der Aufrechterhaltung des Scheins diene.

Die kroatische Politik war schon darauf ausgerichtet, den völkerrechtlichen Schein der Integrität von Bosnien-Herzegowina solange zu wahren, wie es opportun erschien, und diese Konferenz markierte den Wendepunkt. Die bosnische Seite wiederholte wieder einmal ihre politisch-administrative Unfähigkeit, etwas für das eigene Volk zu tun. Man einigte sich auf die balancierte Aufteilung der Spitzenpositionen in Mostar (erster Gouverneur – Kroat, Stellvertreter – Muslim), in Zenica und Travnik (dort sollte jeweils der Chef der Regierung ein bosnischer Muslim, der Stellvertreter ein Kroat sein). Doch hatte die bosnische Armee durch den Angriff auf Ahnici und Vitez mittlerweile erfahren, daß die Waffenbrüderschaft mit der kroatischen Armee endgültig zu Ende war. Schon vorher hatte der Führer der sogenannten Regierung von Herceg Bosna, Mate Boban, den Nachschub an Waffen über sein Land zu den Muslimen andauernd unterbunden.

Am 9. Mai 1993 kam es zu kriegesischen Handlungen zwischen den beiden Armeen in Mostar. Die Armee Bosnien-Herzegowinas versuchte den Ausbruch aus der Einkesselung und wollte Mostar einnehmen, danach bis nach Neum zum Meer vorstoßen, um für den eigenen Staat einen Zugang zu sichern. Dies gelang aber nicht mehr.

Seither befinden sich die etwa 25 000 muslimischen Bewohner der Stadt in einer Situation der Rechtslosigkeit, wie uns in einem persönlichen Zeugnis die Sekretärin der jetzt in Mostar verbotenen muslimisch-bosnischen Organisation „Roter Halbmond“ erzählte. Auf der Westseite, dem rechten Ufer der Neretva sollte die Stadt „muslimrein“ gemacht werden, weshalb die verbliebenen Bewohner aus ihren Häusern und Wohnungen entweder mit brachialer Gewalt oder mit sanfter Androhung von Terror herauskomplimentiert wurden. Einigen, so auch meiner Zeugin, gelang die Flucht nach Zagreb.

Bei einem Besuch in Mostar am 12./13. Juni 1993 konnten der Journalist Peter Sartorius und der Autor dieses Beitrages sich einen Eindruck verschaffen, wie die Verfolgung und Unterdrückung der bosnischen Muslime die Menschen verunsichert hat. In der Wohnung eines bekannten Muslims erregte allein das unvorbereitete Klopfen an der Wohnungstür Zittern und unverhältnismäßige Furcht.

Das Mischehepaar Enver und Lilia war 18 Tage lang (nach dem 9. Mai 1993) auf dem Ostufer, dem Stadtteil, in dem wie in einem Getto die Muslime

gesammelt wurden, deportiert und interniert gewesen. Dann erkannte man, daß alles ein Mißverständnis gewesen war – Enver war ja ein „guter“ Muslim-Bosnier, denn er war Mitglied der HVO-Gefängnisverwaltung gewesen – und er konnte mit seiner kroatischen Frau, die freiwillig mit ihm und den drei Kindern gegangen war, zurückkehren. Aber beide sträubten sich, wenn wir westlichen Beobachter Fragen stellten, die Enver und Lilia wohl tatsächlich besser nicht beantworten sollten.

Eine weitere von uns interviewte Muslimin, die mit ihren Kindern aus Gacko gekommen war, zeigte sich zunächst relativ gelassen, mußte aber dann auch ihre Angst eingestehen, wobei allein die Anwesenheit der kroatischen Dolmetscher diesen Effekt auslöste.

V. Muslime vertreiben Kroaten

Am 8. Juni 1993 wurde von der Armee Bosnien-Herzegowinas die Eroberung von Travnik gemeldet. Britische UNPROFOR-Soldaten waren Zeuge von Morden an Kroaten durch Bosnier. 170 Kroaten wurden in der Gegend von Guca-Gora malträtiert.

Daraufhin brachte man 3 500 Kroaten vorsorglich aus Travnik und der Umgebung heraus, wobei es zum ersten Mal seit Kriegsbeginn in Bosnien zu einer humanitären Zusammenarbeit zwischen den kroatischen HVO- und den serbischen Kräften kam. Diese Flüchtlinge kamen zu Fuß in die Vlasic-Berge, wurden aber schon von Turbe ab zuerst in Bussen der Serben, dann des Internationalen Roten Kreuzes transportiert. Sie kamen über die serbische nord-bosnische Zone nach Zagreb, von dort aus ging es weiter nach Split und Metkovic. Über 1 000 der Flüchtlinge wurden nach Capljina transportiert, wogegen sie sich wehrten.

Die Menschenrechtssituation und ihre Erläuterung ist schwer belastet durch die Kriegspropaganda, die alle drei Seiten in diesem Krieg dann besonders lautstark betreiben, wenn sie sich selbst etwas haben zuschulden kommen lassen. Wir haben in Kroatien, Serbien und Bosnien jeweils interessierte Beobachter, die immer dazu neigen, die Verbrechen der anderen Seite möglichst zu multiplizieren, die der eigenen aber zu vertuschen.

Ein Versuch, die Wahrheit darzustellen, wurde jüngst noch in Sarajevo unternommen. Ebenso wie es beachtlich ist, daß dort immer noch die Tageszeitungen „Oslobodenie“ (Freiheit) erscheinen kann, ist man auch erstaunt, ein „Bulletin“ der „State Commission for Gathering on War Crimes

in The Republic of Bosnia Herzegowina“ erhalten zu können. Redaktioneller Leiter des Bulletins ist der bekannte und geachtete kroatisch-bosnische Politiker Stjepan Kluijc. Auch die Anwesenheit bosnischer Politiker in Sarajevo, die für humanitäre Fragen noch sensibel sind, ändert jedoch nichts daran, daß die Schutzinstrumente in Bosnien für Menschen in Schutzzonen anders als konventionell geschmiedet werden müssen. Es gibt nur Mord und Vergewaltigung, weil ein alter Rechtsgrundsatz hier in dieser Gegend nicht mehr gilt: Pacta sunt servanda.

VI. Die Mißhandlung von Frauen

Im vierten Bericht, den der besondere Menschenrechtsbeobachter der Vereinten Nationen, Tadeusz Mazowiecki, mit Datum vom 10. Februar 1993 erstellt hat, wird auch das zentrale Thema der mitteleuropäischen Diskussion behandelt – das der Massenvergewaltigung in Lagern oder Zwangshotels in Bosnien und Herzegowina.

Berichte darüber schlugen in der Bundesrepublik Deutschland wie eine Bombe ein. Die fast schon hysterische, aufgeheizte Atmosphäre in der Bevölkerung fand Nahrung in der nunmehr (und bis zum Juni 1993 andauernden) manifesten Ohnmacht und Unfähigkeit der Politik, irgendeine der Menschenrechtsverletzungen in Ex-Jugoslawien beenden zu können.

Auch der UN-Menschenrechtsbeobachter Tadeusz Mazowiecki machte sein Versprechen nicht wahr, erst dann wieder zu einer neuen Mission aufzubrechen, wenn sich etwas an der Situation der Menschen verbessert, sie ihre Würde und ihre Rechte wiedererlangt hätten. Die in Mitteleuropa allgemein empfundene Ohnmacht, diesen Menschen – die da allabendlich weinend, abgerissen, frierend, oft blutend auf dem Fernsehschirm auftauchten – nicht wirklich, sondern allenfalls in Einzelfällen und symbolisch helfen zu können, fand ihren schlimmstmöglichen Ausdruck in der Kampagne für die Frauen.

Am 9. November 1992 berichtete das Zweite Deutsche Fernsehen über diese Greuelthaten. Sibylle Bassler hatte behutsam und sensibel in verschiedenen Flüchtlingslagern wie Rjeznik in Zagreb gedreht, aber auch in einigen wenigen Kliniken, zumal in Geburtskliniken. Sie stellte etwas dar, was über die Erinnerungsfähigkeit im Europa des Jahres 1993 fast hinausging. Es hatte Vergewaltigungen im Bosnien-Krieg gegeben, wie sie zuletzt in diesem Ausmaß von deutschen Frauen während

der Endphase des Zweiten Weltkrieges und des Vorrückens der sowjetischen Armee in Ost- und Westpreußen und an der Kuhrischen Nehrung sowie in Danzig/Pommern/Pommerellen erlitten wurden.

Ob diese Vergewaltigungen immer wirklich „systematisch“ erfolgten, ob sie immer mit dem höchsten Ausdruck der Verrohung und der diabolischen Durchtriebenheit geschahen, nämlich um „Tschetnik-“ bzw. Muslim-Babys zu zeugen, das konnte man damals, das kann man auch bis heute nur bedingt ausmachen.

Die Diskussion und Information über dieses sensible Thema war (und ist) bis heute extrem belastet, weil die auf Sensation ausgerichteten Massenmedien, zumal Fernsehen und Illustrierte, keine Mühe (aber auch keine Ungenauigkeit) scheuten, um das Ausmaß der Vergewaltigung, des Leidens und des abgrundtiefen Elends eben entsetzlich zu verschärfen und zu übertreiben.

Ich erinnere mich, daß es den ersten und bis Weihnachten 1992 einzigen Fall eines ausgesetzten Vergewaltigungsbabys in der Heilig-Geist-Geburtsklinik des bosnischen Arztes Professor Aden Kurjak in Zagreb gegeben hat. Daraus wurde in den Medien eine kleine Armee von Tschetnik-Babys, die in tausenden, wenn nicht zehntausenden von adoptionsbereiten europäischen Eltern die Erwartung keimen ließ, sie könnten auch unabhängig von ihren Bemühungen in Brasilien oder Sri Lanka ein solches Adoptionskind aus dem eigenen Kulturkreis und auch noch ganz billig bekommen.

Ich sah in Zenica (Bosnien) einen Film des Italienischen Fernsehens, der die Geburtsklinik in Zenica, einer mehrheitlich bosnisch-muslimischen Stadt, zeigte. Die Kamera fuhr durch Säle in immer neuen eiligen Fahrten und erweckte beim Publikum den Eindruck, als gäbe es in dieser Klinik geradezu hunderte von alleingelassenen Babys. In Wirklichkeit, erfuhr ich vor Ort, hatte es insgesamt fünf solcher Geburten gegeben. Deshalb war es so wichtig, daß sich Mazowiecki des Themas annahm. Er beauftragte einige Mediziner, die vom 12. bis 23. Januar 1993 die Gebiete des früheren Jugoslawien besuchten. Das Fazit der Experten ist niederschmetternd: „Vergewaltigung von Frauen in Jugoslawien, zumal von minderjährigen Mädchen, ist in einem großen Ausmaß vorgekommen“. Der Bericht gewinnt an Glaubwürdigkeit und Tiefe dadurch, daß er keine Zahlen nennt. Es waren phantastische Zahlenspiele und Hochrechnungen im Schwange, zumal von Frauengruppen aus Bosnien und aus Kroatien, die beim Frauenkongreß in Zagreb Anfang Februar 1993 auch von über 3000 Hochschwangeren in den Bergen um Sarajevo erzählt hatten, was dann sofort gleichgesetzt wurde

mit der Anzahl der Vergewaltigungen und so Eingang in die Weltpresse fand.

„Während das Team Opfer von Vergewaltigung unter allen ethnischen Gruppen fand, wurde zugleich dokumentiert, daß die Mehrheit der Opfer, die das Team sehen konnte, von den serbischen Milizen oder Truppen gegen die muslimisch-bosnischen Frauen von Bosnien verursacht wurde. Dem Team wurde nicht bekannt, ob es wirkliche Versuche von seiten der politischen oder militärischen Führer gegeben hat, diese Vergewaltigungen zu stoppen. Es gibt (leider) die klare Evidenz, daß sich kroatische, muslimische und serbische Frauen in bestimmten längeren Zeiträumen in gefängnisähnlichen Situationen befanden und dabei andauernd und wiederholt mißbraucht wurden.“ Aus der Untersuchung der Medizin-Expertinnen geht hervor, daß Vergewaltigung in Bosnien-Herzegowina auch als Instrument der „ethnischen Säuberung“ gebraucht wurde.

Der vierte Mazowiecki-Bericht hält zudem noch zweierlei fest:

1. Es sei wichtig, den Opfern der Vergewaltigung medizinische Hilfe zu gewähren. Allerdings betonten die Expertinnen zugleich: „Medizinische Hilfe aufzubauen, die exklusiv den Opfern der Vergewaltigung gewidmet wird, trägt nur zur weiteren Stigmatisierung bei. Deshalb sollte es medizinische Hilfen geben für alle Frauen und Kinder, die vom Krieg traumatisiert worden sind.“
2. Es wird betont, daß in Artikel 27, 2 der Vierten Genfer Konvention die Vergewaltigung von Frauen (bzw. von Menschen allgemein) in klarer juristischer und verbindlicher Form geächtet ist: „Frauen müssen in besonderer Weise gegen jeden Angriff auf ihre Ehre geschützt werden, im besonderen gegenüber Vergewaltigung, erzwungene Prostituiierung, überhaupt gegen jeden schamlosen Angriff.“ Die Expertinnen konstatieren daher für Bosnien-Herzegowina einen schweren Bruch der Genfer Konvention, der einem Kriegsverbrechen gleichkommt.

VII. Die zweite Vertreibung der schon Vertriebenen

Nach dem Wechsel der Allianzen in dem bosnischen Krieg – nachdem sich die serbische und die kroatische Seite auf höchster und wahrscheinlich auch auf operationaler Ebene im Feld über die

Aufteilung von Bosnien-Herzegowina geeinigt hatten und die Muslime wiederum die einzigen und eindeutigen Objekte dieser „Friedensregelung“ waren – wurde die Menschenrechtssituation für die Flüchtlinge und Vertriebenen aus diesem Krieg besonders prekär. Das galt insbesondere für die Lage der muslimisch-bosnischen Flüchtlinge, die in Kroatien oder in dem kroatisch beherrschten Süd-Bosnien gelandet waren.

Der Paradigmenwechsel in der politischen Diskussion und der militärischen Topographie war beachtlich, für die Lage der Menschen aber bedenklich. Es begann die „zweite Vertreibung“ der bosnischen Flüchtlinge, soweit sie Muslims waren. Im unentschuldabaren Gegenschlag wurden dann die Kroaten aus den Gebieten um Vitez, Travnik, Prozor und Konic vertrieben. Beides war gleichermaßen schändlich, unterschritt auf bedenkliche Art und Weise die internationalen Standards, die in den letzten Jahrzehnten in den Menschenrechtsdokumenten und der Helskinki-Erklärung gesetzt worden waren.

Das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee hat den ersten Fall einer solchen Vertreibung von bosnisch-muslimischen Flüchtlingen aus dem Flüchtlingslager Promajna südlich von Split gemeldet. In einer Erklärung dieses Hilfswerks vom 21. Juni 1993 heißt es: „Von ca. 550 Flüchtlingen muslimischer Herkunft, die ihr bisheriges Lager in Promajna, südlich Split letzte Woche räumen sollten, sind inzwischen 550 nach Peshawar in Nordpakistan geflogen worden.“ Das Hilfskomitee nimmt an, daß insgesamt 10 000 Flüchtlinge in den Flüchtlingsunterkünften in Kroatien von dieser Räumungsaufforderung betroffen sind. Es handelt sich um Hotels und Ferieneinrichtungen, die als serbisches Eigentum vom kroatischen Staat beschlagnahmt wurden und nun verkauft werden sollen. Nach Mitteilung der Botschaft Bosniens in Zagreb hatte sich Pakistan zur Aufnahme von 7 000 Flüchtlingen bereit erklärt. Da derzeit offenbar kein westeuropäisches Land eine größere Anzahl Flüchtlinge aufnehmen will, die Flüchtlinge sich in Kroatien auch nicht mehr sicher fühlen, rät die bosnische Botschaft in Zagreb zur Ausreise nach Pakistan.

Das Mennonitische Friedenskomitee stellt in seiner Erklärung vom 21. Juni 1993 noch einmal fest: „Formal handelt es sich nicht um eine Ausweisung. Von seiten der kroatischen Behörden werden der Form nach die Regeln der Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten. Allerdings sehen sich die Flüchtlinge unter einem starken Druck: durch die kurze Frist der Entscheidung; durch die Unmöglichkeit, mit Familienangehörigen Kontakt aufzunehmen. Die Männer sind

meist in Bosnien; durch die emotionale Zerrissenheit, die die Alternative, Gasinci bei Osijek (nahe der serbisch besetzten Gebiete), bei ihnen auslöst; durch das Gefühl, ein zweites Mal vertrieben zu werden; durch die Tatsache, daß ihnen nach Pakistan keine individuellen Pässe, sondern ein Gruppenpaß ausgestellt wird; durch das Zurücklassen der bescheidenen Habe, die sie in den Monaten ihrer Zuflucht sammeln konnten.“

In der Nacht vom 19. auf den 20. Juni 1993 gingen zur Abschreckung der ungeliebten Flüchtlinge aus dem Norden Bosniens und der Ost-Herzegowina in der Stadt Caplijna (in der es im letzten Weltkrieg von kroatischer Seite zu schweren Ausschreitungen gegen Juden und Kroaten gekommen ist) zeitgleich acht Bomben hoch, die sehr professionell mit Zeitzündern vor genau acht Gebäuden von muslimischen Bewohnern der Stadt gelegt worden waren. Diese Bombenattentate sind für die Bewohner der zwei Flüchtlingsdörfer in Caplijna eine klare Drohung gewesen, die Aufforderung, den Raum des kroatisch beherrschten Caplijna und der kroatischen Herzegowina zu verlassen. Schon zuvor war vor Wochen in einem Lager eine Autobombe explodiert.

VIII. Ausblick

Das Tempo der realen Veränderungen und der Menschenrechtskatastrophen ist schlimmer als selbst in den schlimmsten Befürchtungen angenommen. Die 190 muslimischen Bosnienflüchtlinge leben längst in Nordrhein-Westfalen. Sie mußten unter ständiger Lebensbedrohung nicht nur nach Kroatien (was die deutsche Bundesregierung erreichen wollte), sondern direkt nach Deutschland evakuiert werden, da auch in Kroatien die Lage der bosnisch-muslimischen Flüchtlinge von Tag zu Tag schlechter und bedrückender wurde.

In der Herzegowina und in Zentralbosnien findet die zweite und die dritte ethnische Säuberung statt. Als die Kämpfe in Mostar am 9. Mai 1993 zwischen den einstmals Verbündeten, HVO-Armee und Bosnischer Armee, ausbrachen, begann von kroatischer Seite eine Malträtierung und Drangsalierung der bosnischen Muslime in der ganzen West-Herzegowina. Dies führte bis Ende August dazu, daß kaum noch Muslime in diesen Gebieten

leben, es sei denn in Lagern wie Dretelj, Gabela und dem Flughafen in der Nähe von Mostar.

Als die über 14 Monate verbündeten Muslime der bosnischen Armee erfuhren, daß die Kroaten unter der Führung von Mate Boban an einem Zusammenleben mit ihnen gar nicht interessiert sind, begannen sie ihrerseits in Zentralbosnien mit ethnischer Vertreibung, die ähnlich grausam und daher zu verurteilen ist wie die der Kroaten. Erich Rathfelder, einer der wenigen journalistischen Augenzeugen der Massaker und der Vertreibung in Zentralbosnien, schreibt: „Der Krieg in Zentralbosnien ist trotz aller Verhandlungen in Genf in den letzten Wochen noch grausamer geworden. Nicht nur die muslimisch-bosnische Bevölkerung leidet, die Region ist seit Ende April von der Außenwelt abgeschnitten und deshalb selbst ein einziger großer Kessel. Somit ist auch die kroatische Zivilbevölkerung bedroht. In den verschiedenen kroatischen Enklaven sind um die 180 000 Kroaten eingeschlossen, deren Überlebensbedingungen denen der Muslime in Mostar ähneln. Im zentralbosnischen Zepce sind 35 000 Kroaten eingeschlossen, die ihrerseits wiederum zusammen mit den serbisch-bosnischen Streitkräften einen Ring um einige zehntausend Muslime errichtet haben.“

So wie sich die HVO-Armee, unterstützt von regulären kroatischen Truppen, in furchtbarer Weise an den einfachen Gesetzen der Menschlichkeit versündigt (um die Menschenrechte erst gar nicht zu bemühen), so ähnlich versteht es die berüchtigte 7. Brigade des „Muslimischen Verteidigungsrates“ (MOS), die Kroaten – also Zivilbevölkerung – in einer Weise zu terrorisieren, daß diese nie wieder mit den Muslimen zusammenleben werden (können). Man muß am Ende einer solch erschütternden Bilanz in Abwehr eines jeden Pharisäismus bekennen: Die größte Schuld an dieser Entwicklung trägt die Europäische Gemeinschaft. Von Beginn der Katastrophe an hat die europäische Politik jede Beherztheit, die Völker und Menschen des Raumes ernst zu nehmen, die Menschenrechte für alle durchzusetzen, vermissen lassen. Sie hat dann nach einem Jahr dem serbischen Kriegsherrn und Vertreter Radovan Karadzic (im Hintergrund der Belgrader Milosevic) alle Eroberungen und Vertreibungen legitimiert. Daraufhin haben Kroaten und Muslime ebenfalls nach diesem einzigen Erfolgsgesetz begonnen, aus ihren Kantonen die jeweilige Minderheit zu vertreiben. Die Folgen dieser gebilgten Enthemmung werden für unsere Welt und die kommenden Generationen fürchterlich werden.

Bevölkerungsmehrheiten vor dem Krieg in Bosnien-Herzegowina

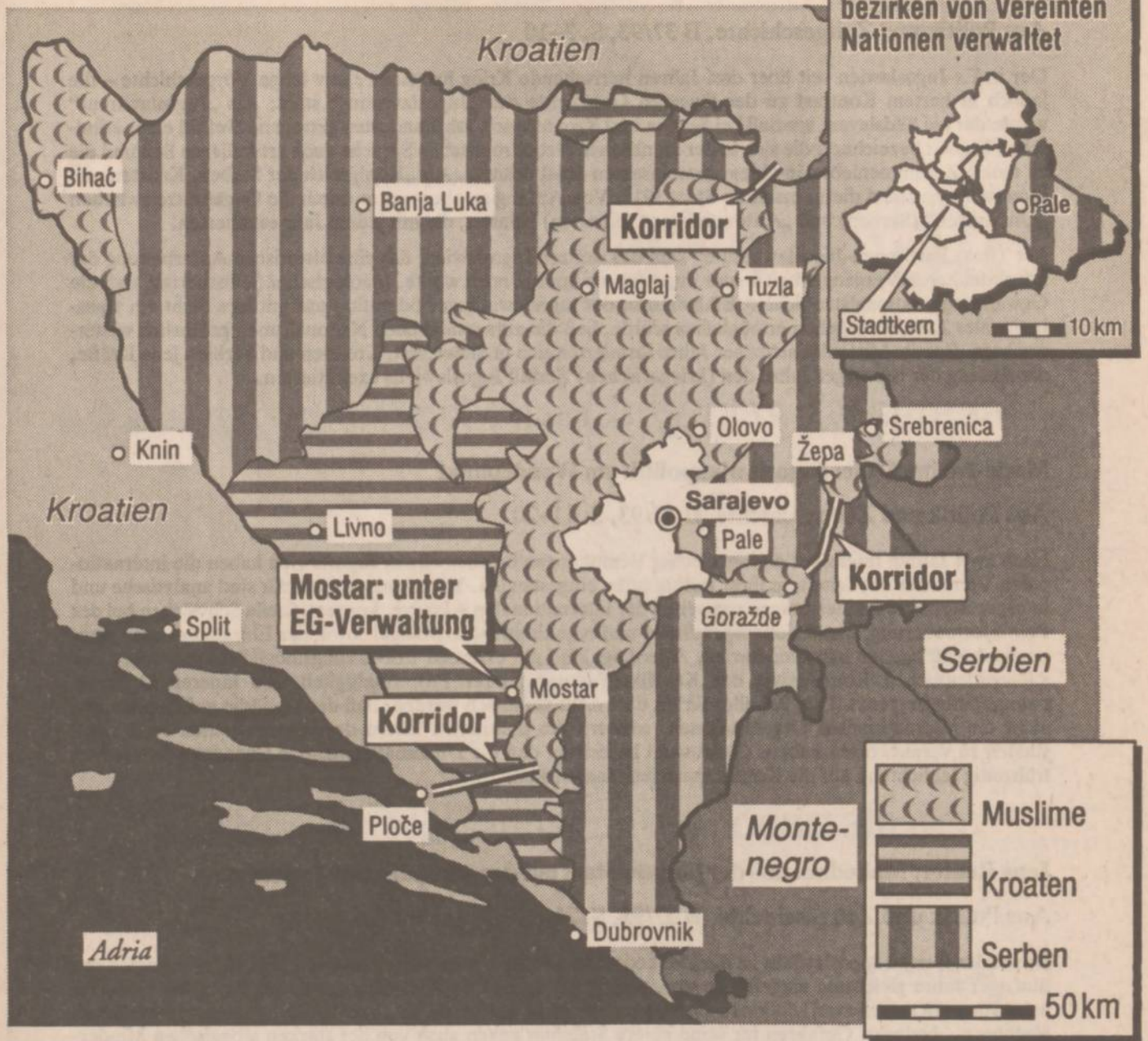
Schätzung 1991



F.A.Z.-Grafik Heumann

Teilungsplan der Vermittler Owen und Stoltenberg

Vorschlag bei den Genfer Verhandlungen, August 1993



F.A.Z.-Grafik Heumann

Wolf Oshlies: Ursachen des Krieges in Ex-Jugoslawien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/93, S. 3–10

Der in Ex-Jugoslawien seit über drei Jahren herrschende Krieg hat eine relativ lange Vorgeschichte – die jedoch in hartem Kontrast zu der längeren Geschichte des „Jugoslavismus“ steht: Als „Jugoslavismus“ wurde das bei Südslaven, speziell bei Serben und Kroaten, seit Jahrhunderten getragene Gefühl einer ethnischen Einheit bezeichnet, die sich in der identischen serbokroatischen Sprache auch artikulieren ließ und die zu einem Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat drängte. Als „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ entstand dieser ersehnte Staat 1918. Von Anfang an aber war er durch die Gegensätze zwischen „Unitaristen“ (Serben) und „Autonomisten“ (Kroaten) belastet, die mit jedem Jahr eskalierten.

Mit Titos „Partisanen-Jugoslawentum“ kam das weitere Jugoslawien, das eine historische Aufarbeitung der unvorstellbaren Vergangenheit weder durchführen konnte noch wollte. Ideologischer Selbstbetrug, daß die Gewährung „nationalstaatlicher“ Einheiten in der jugoslawischen Föderation auf mittlere Sicht ein transnationales Zusammengehen ermöglichen würde, ließ die antagonistischen Nationalismen gefährlich weiterwachsen. Bereits Mitte der achtziger Jahre formierten sich in Slowenien, Kroatien und Serbien jene Kräfte, die Anfang der neunziger Jahre den (kriegerischen) Zerfall Jugoslawiens exekutierten.

Marie-Janine Calic: Jugoslawienpolitik am Wendepunkt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/93, S. 11–20

Nach zwei Jahren intensiver diplomatischer Bemühungen im ehemaligen Jugoslawien haben die internationalen Vermittler das Scheitern ihrer Politik offen eingestanden. Verantwortlich hierfür sind analytische und interpretatorische Fehlleistungen von seiten der internationalen Akteure, konzeptionelle Schwächen bei der Politikformulierung, institutionenspezifische und organisatorische Mängel sowie der Einsatz unangemessener und ineffizienter Instrumentarien. Allerdings sind die externen Einwirkungsmöglichkeiten wegen der außerordentlichen Komplexität der Konfliktstrukturen, ihrer Prozeßhaftigkeit und inneren Dynamik zwangsläufig begrenzt. Und bei aller Kritik darf nicht vergessen werden, daß die Tragödie auf dem Balkan nicht die internationalen Organisationen, sondern die politischen Eliten der jugoslawischen Nachfolgestaaten zu verantworten haben. Gleichwohl ist richtig, daß die Diplomatie wichtige Chancen verpaßt hat, frühzeitig schlichtend auf die Konfliktparteien einzuwirken.

Jens Reuter: Makedonien – der jüngste Staat auf der europäischen Landkarte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/93, S. 21–29

Durch den Zerfall Jugoslawiens ist die „Makedonische Frage“ erneut virulent geworden, die seit Beginn der fünfziger Jahre gleichsam eingefroren war, zementiert durch Ost-West-Gegensatz und Blockdisziplin. Der neue Staat mit seinen zwei Millionen Einwohnern ist nicht nur durch die „Vier Wölfe“ – seine unmittelbaren Nachbarn – bedroht. Gefahren für seine innere Stabilität gehen auch von der starken albanischen Minderheit aus, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung bei ca. 25 Prozent liegen dürfte. Makedonier wie Albaner haben noch nicht akzeptiert, daß sie in einem multinationalen Staat leben. Wechselseitige Vorurteile und Mißtrauen bis zum Haß erschweren das Zusammenleben.

Die makedonische Wirtschaft – traditionell ein Sorgenkind – hat sich widrigen Umständen zum Trotz relativ gut behauptet. Durch die Präsenz amerikanischer Soldaten hat sich die Sicherheitslage Makedoniens stark verbessert, die größte Gefahr geht vom Krisenherd Kosovo aus.

Rupert Neudeck: Menschenrechtstragödien in Bosnien-Herzegowina

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/93, S. 30–39

Die klassischen Instrumente und Institutionen, die die Menschenrechte gesichert und die Menschen geschützt hatten, haben in Bosnien-Herzegowina versagt. Es gibt keine Möglichkeit, das zu beschönigen. Es gibt nur die politische und humanitäre Notwendigkeit, dies für die Zukunft und für die Völkergemeinschaft zu analysieren.

Das ganze Ausmaß an ethnischer Vertreibung („Säuberung“), an Vergewaltigungen, an Zerstörung religiöser Sakralstätten, an Geiselnahme von Männern und von ganzen Bevölkerungsteilen ist bisher weder bekannt noch irgendwie festgehalten. Politik und Diplomatie konnten gegen diese gravierenden Beschädigungen international anerkannter und ratifizierter Rechte offenbar nicht mehr tun, als zu bemänteln und zu verschleiern.

Zu einer beherzten Aktion zum Schutz der Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina ist es ebensowenig gekommen wie zu Tribunalen für Kriegsverbrecher und für Verbrechen gegen die Menschheit, von denen insbesondere die beiden deutschen Außenminister Hans Dietrich Genscher und Klaus Kinkel gesprochen haben.